

Sozialberichterstattung
Gesellschaftliche Trends
Aktuelle Informationen

Eine **ZUMA** Publikation

Inhalt

Familie in der Krise?	1
Weniger Jugendliche ohne Schulabschluß aus integrierten Schulsystemen	5
Memorandum zu einer europäischen Sozialberichterstattung für das Fünfte Rahmenprogramm der EU	9
Beachtliche Unterschiede in der Lebenszufriedenheit zwischen den Ländern der Europäischen Union	10
Sozialberichterstattung im südlichen Afrika	13
Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt – Eine Buchbesprechung	14
World Conference on Quality of Life	15
Soziale Indikatoren auf dem Kongreß der DGS in Dresden	16
Call for Papers Institutionen und individuelle Wohlfahrt	16

Familie in der Krise?

Heirat und Familienbildung im Vergleich verschiedener Geburtskohorten¹

Die Zukunft der Familie, ihre Krise oder allgemein Entwicklungstendenzen des familialen Lebens sind immer wieder Thema der veröffentlichten Meinung. „Ehe light“ oder „Das Ende der bürgerlichen Familie“ sind dabei die Schlagworte. Begründet werden diese Thesen dabei nicht nur durch Einzelfälle, sondern auch fast immer mit dem Hinweis auf die sinkenden Heiratszahlen und die zurückgehenden Geburten. Lassen sich diese Thesen aber nun wirklich mit den Entwicklungen des Heiratsverhaltens und der Fertilität untermauern? Um diese Frage wenigstens ansatzweise zu beantworten, sollen im folgenden diese beiden, für das gesamte familiale Handeln zentralen Entscheidungen, in einer längerfristigen historischen Perspektive betrachtet werden, wobei hierzu eine Längsschnitts- und Kohortenperspektive eingenommen wird.

Das mit dieser Perspektive verbundene Konzept des Lebensverlaufs hat in den letzten Jahren verstärkt an Bedeutung gewonnen. Davon zeugen nicht nur eine ganze Fülle von Publikationen, sondern auch die verstärkte Hinwendung auf entsprechende Verfahren in der empirischen Sozialforschung, wie sie etwa die Ereignisdatenanalyse darstellt. Damit einher geht auch die wieder zunehmende Bedeutung des Familienzyklus, wobei nun allerdings die einzelnen Phasen der Familienentwicklung nicht mehr als unabhängige, sondern vielmehr als abhängige Variable dienen. Diese Betonung des Lebensverlaufes und die damit verbundene Wiederentdeckung der Generation hängt in der Familienforschung eng mit wichtigen theoretischen Fragestellungen zusammen. Denn obwohl häufig Querschnittsbetrachtungen den Ausgangspunkt für Spekulationen über die Veränderungen des Systems Familie darstellen, so richtet sich das inhaltliche Interesse meist auf Veränderungen in der Generationenfolge. So steckt hinter der Diskussion über die Krise der Familie natürlich die Vermutung, daß für jüngere Kohorten die Familie eine immer geringere Rolle einnimmt und so die Familie auf Dauer nicht mehr als bewährte Institution bestehen kann. Eine einmalige, durch historische Umstände bestimmte kurzfristige Verhaltensänderung über alle Kohorten hinweg, also sogenannte historische oder Periodeneffekte spielen in dieser Diskussion eine nur untergeordnete Rolle. Der häufig vermutete fundamentale Wandel familialer Lebensformen unterstellt - wenn auch häufig implizit - immer

eine Kohortenperspektive. Kohorten stellen also in diesem Zusammenhang die eigentlichen Träger des sozialen Wandels oder eben auch der Stabilität sozialer Institutionen dar. Dabei sind diese Überlegungen bereits aus eher methodischen Gründen naheliegend: Analytisch stellen die Querschnittsentwicklungen die Aggregation von verschiedenen Effekten dar, die bei der Interpretation der historischen Veränderungen zu trennen sind. Generell lassen sich mindestens drei Betrachtungsweisen demographischer Veränderungen unterscheiden, die häufig als die Untersuchung von Alters-, Perioden- und Kohorteneffekten bezeichnet werden. Zwei Dinge sind hier jedoch noch anzumerken: Erstens kann es schon aufgrund unterschiedlicher Kohortenstärken auch bei nicht vorhandenen Perioden- oder Kohorteneffekten, wenn also nur über die Kohorten konstante Alterseffekte auftreten, zu relativ großen Schwankungen der aggregierten Maßzahlen kommen. Zweitens gilt es festzuhalten, daß sowohl bei Alters-, Perioden- wie auch Kohorteneffekten die Kohorte sozusagen als natürliche Einheit betrachtet wird. Immer wird also eine Längsschnittsperspektive gewählt, um die Veränderungen im Zeitablauf zu erklären - nur so lassen sich die unterschiedlichen Effekte überhaupt sinnvoll interpretieren. Welche Aussagen lassen sich nun aber über die Veränderungen des familialen Verhaltens treffen, wenn man konsequent eine derartige Kohortenperspektive einnimmt?

In diesem Beitrag sollen anhand zweier wich-

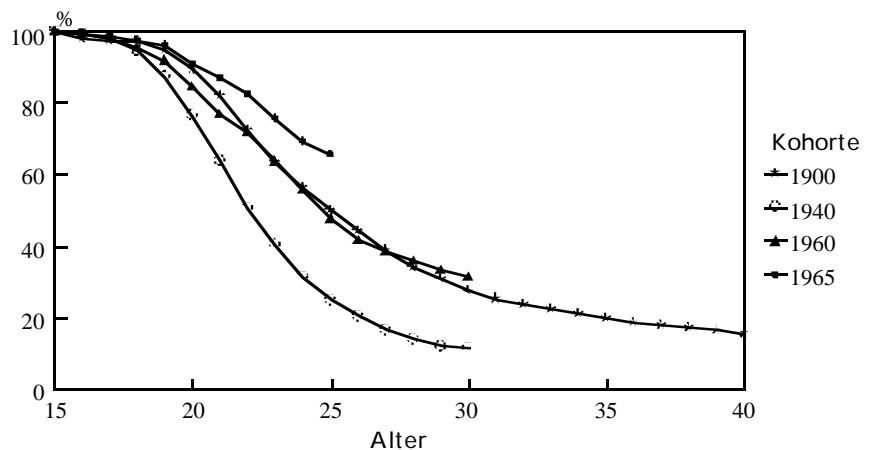
Editorial

Mit dieser 17. Ausgabe erscheint der Informationsdienst Soziale Indikatoren - ISI erstmals mit einem neuen Gesicht und in einem neuen Layout. Acht Jahre nach seinem erstmaligen Erscheinen im Januar 1989 schien uns ein „face lifting“ und eine Modernisierung des Erscheinungsbildes angebracht. Wir hoffen natürlich, daß Ihnen das neue Layout gefällt und vor allem auch, daß Sie ISI trotz der äußerlichen Veränderung wiedererkannt und nicht achtlos zur Seite gelegt haben. Mit dem neuen, ebenso sachlichen aber - wie wir finden - frischeren und frecheren Layout wollen wir das inhaltliche Konzept unseres Informationsdienstes keineswegs ändern, sondern nachhaltig unterstreichen: Es bleibt unsere Zielsetzung, Sozialwissenschaftler, aber darüber hinaus auch Interessenten aus der Politik, Verwaltung, der Wirtschaft und den Medien möglichst anschaulich und in leicht konsumierbarer, knapper Form mit fundierten empirischen Informationen über die Entwicklung der Lebensverhältnisse und Trends des sozialen Wandels zu versorgen. Wir würden uns freuen, wenn die neue Aufmachung von ISI dazu beitragen könnte, dieses Ziel zu erreichen, indem sie Sie zum Lesen einlädt und Ihnen die Lektüre noch angenehmer macht.



■ Heinz-Herbert Noll, ZUMA,
Leiter der Abteilung Soziale Indikatoren

Graphik 1: Eheschließung im Kohortenvergleich



tiger familialer Ereignisse - der ersten Eheschließung und der Geburt des ersten Kindes - diese Muster für die Frauen verschiedener Geburtsjahrgänge, beginnend mit der Kohorte 1900, vorgestellt und verglichen sowie eine Erklärung der dabei zu findenden Unterschiede oder Gemeinsamkeiten skizziert werden. Es zeigt sich hierbei, wie auch schon in anderen Studien, daß die heutigen Entwicklungen - mit einer relativ geringen Heiratsneigung, einer hohen Zahl wohl auch auf Dauer ledig Bleibender sowie relativ geringen Geburtenzahlen und einer späten ersten Geburt - historisch gesehen eher die Regel denn die Ausnahme darstellen. In diesem Sinne sind sich die Kohorten von 1900 und die jüngeren Geburtsjahrgänge im Heiratsverhalten und der Fertilität ähnlich, während der Kohorte von 1940 in den genannten Variablen wohl eher eine Ausnahmestellung zukommt. Die fast heraufbeschworene Krise der Familie ist demographisch wohl eher der Regelfall. Deutlich wird aber auch, daß langfristigen und allgemeinen Trendaussagen wenig Bedeutung zukommt. Die Skizze der theoretischen Erklärung macht klar, daß nur aufgrund eines allgemeinen theoretischen Modells die bisherigen Verläufe verstanden und eventuelle weitere Entwicklungen prognostiziert werden können. In diesem Beitrag sollen auch aufgrund amtlicher Daten erneut die Wichtigkeit einer historischen Perspektive betont und die vorhandenen theoretischen Erklärungen zusammenfassend betrachtet werden.

Deutlicher Wandel des Heiratsverhaltens feststellbar

Welche Entwicklungen lassen sich nun für das Heirats- und Fertilitätsverhalten von Frauen der einzelnen Geburtskohorten in diesem Jahrhundert feststellen? Um diese Frage zu beantworten, wird auf verschiedene Datenquellen zurückgegriffen. Aus Gründen der Vergleichbarkeit werden im folgenden nur die Ergebnisse für Frauen in Westdeutschland dargestellt. Hinsichtlich des Heiratsverhaltens besteht einerseits die Möglichkeit, auf Daten der Volkszählung 1970 zurückzugreifen, in der das Jahr der Eheschließung und die Ordnungsnummer der Ehe erfragt wurde. Für die

Geburtsjahrgänge ab 1940 konnte auf im Rahmen des durch die Deutsche Forschungsgemeinschaft geförderten Projektes „Determinanten der Ehescheidung“ erhobene Daten zugegriffen werden, in denen eine kurze Ehebiographie enthalten ist. Die Ergebnisse dieser kohortenbezogenen Analyse des Heiratsverhaltens sind in Graphik 1 zu sehen. Für die einzelnen Kohorten ist jeweils der Anteil der zu einem bestimmten Lebensalter noch unverheirateten Frauen abgebildet. Aus Gründen der Übersichtlichkeit werden nur die vier Geburtskohorten 1900, 1940, 1960 und 1965 dargestellt. Beginnend mit der Geburtskohorte 1900 zeigt sich der allgemein typische Verlauf einer hohen Heiratsneigung im Alter zwischen 20 und 30. Für die bis 1940 folgenden Jahrgänge zeigt sich bei gleichbleibendem Grundmuster eine nach links verschobene - also raschere - und insgesamt stärkere Heiratsneigung. Die Jahrgänge danach gleichen sich wieder dem Niveau der ersten hier betrachteten Kohorte an. Für die 1965 geborenen Frauen zeichnet sich sogar eine noch geringere Heiratsneigung als für die Kohorte 1900 ab. Die Heirat verschiebt sich wieder nach hinten und der Anteil der auf Dauer ledig Bleibenden wird sich vermutlich auf einem sehr hohen Niveau bewegen.

Nur Eheschließung wird verschoben, nicht die Partnerbindung

Worin könnte eine Erklärung dieser - zumindest in demographischer Perspektive - dramatischen Veränderung liegen? Handelt es sich hierbei um ein Indiz zunehmender Individualisierung oder finden sich vielleicht einfachere Erklärungen? Bei der Beantwortung dieser Frage stößt man rasch darauf, daß diese Entwicklung durch die in den letzten Jahren zunehmend verbreiteten nicht- oder vorehelicher Lebensgemeinschaften bedingt ist. Hier soll nun nicht darüber spekuliert werden, ob hierdurch eine Vorphase zur Ehe oder eine eigenständige und alternative Lebensform entstanden ist, sondern nur untersucht werden, ob sich die einzelnen Geburtskohorten auch dann noch so drastisch unterscheiden, wenn man die Gründung eines gemeinsamen Haushaltes betrachtet - sei ein Paar nun verheiratet oder

nicht. Hierzu konnte - mit der Ausnahme der Geburtskohorte 1900 - auf den durch das Deutsche Jugendinstitut konzeptualisierte Familiensurvey 1994 zurückgegriffen werden. Aufgrund der Ergebnisse der historischen Familienforschung ist davon auszugehen, daß nichteheliche Lebensgemeinschaften für die um die Jahrhundertwende Geborenen - ganz im Gegensatz übrigens zu den Entwicklungen in der Frühen Neuzeit - keine Rolle gespielt haben. In Graphik 2 ist für die drei anderen Kohorten der Anteil der Frauen abgebildet, die bis zu einem bestimmten Lebensalter noch keinen gemeinsamen Haushalt mit einem Partner oder Ehepartner gegründet haben. Dabei mußten immer einzelne Geburtsjahrgänge zusammengefaßt werden.

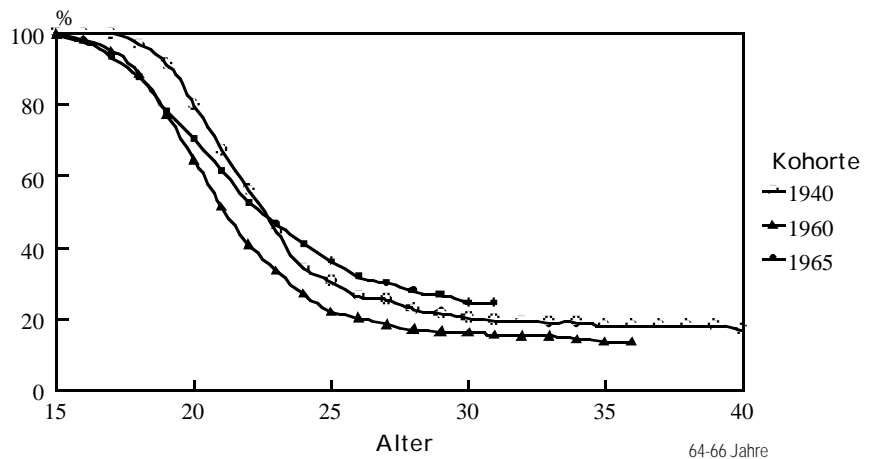
Es zeigt sich deutlich, daß hier ganz andere Schlußfolgerungen zu ziehen sind als bei der Heiratsentwicklung. Die Kohorte der 1960 geborenen Frauen weist sogar eine raschere und höhere Bereitschaft auf, eheliche oder nichteheliche Lebensgemeinschaften einzugehen als die Frauen der Kohorte 1940. Der Wandel des Heiratsverhaltens und der Rückgang der Heiratszahlen bedeutet also nicht, daß die entsprechenden Personen keine Lebensgemeinschaften mehr eingehen oder gar prinzipiell engere soziale und emotionale Bindungen meiden.

Wandel des Fertilitätsverhaltens beobachtbar

Hinsichtlich der Familienbildung zeigt sich jedoch ein anderes Ergebnis. Graphik 3 stellt für die ausgewählten Geburtskohorten den Anteil von Frauen ohne eheliche Geburt in Abhängigkeit von Lebensalter dar. Als Datengrundlage wurde wiederum auf die Volkszählung 1970 zurückgegriffen. Für die Geburtsjahrgänge ab 1940 wurde der Familiensurvey 94 analysiert. Auch hier mußten einzelne Geburtsjahrgänge zusammengefaßt werden. Die Einschränkung auf eheliche Geburten ist in der Frageformulierung der Volkszählung 1970 begründet. Analysen zeigen jedoch, daß auch bei der Berücksichtigung nichtehelicher Geburten keine grundlegenden Veränderungen der Verhaltensmuster festzustellen sind, obwohl sich aber auch hier die vorhandenen Unterschiede verringern.

Ebenso wie bei der Untersuchung des Heiratsverhaltens kann auch bei der Familienbildung der Geburtsjahrgang 1900 als Vergleichsgröße herangezogen werden. Die Geburten beginnen hier relativ spät, die Kurve verläuft danach relativ flach und annähernd 35 Prozent der Frauen dieses Jahrganges bleiben bis zu ihrem 40. Geburtstag ohne eine eheliche Geburt. Bis zu dem Jahrgang 1940 zeigt sich eine stetige Verschiebung nach links - die Geburten finden früher statt - und der Anteil der zumindest vorläufig Kinderlosen sinkt. Für die Jahrgänge 1960 und 1965 zeigt sich wieder ein deutlicher Rückgang der Gesamtwahrscheinlichkeit, zumindest ein erstes Kind zu bekommen. So hat die jüngste Kohorte in

Graphik 2: Bildung eines gemeinsamen Haushaltes im Kohortenvergleich



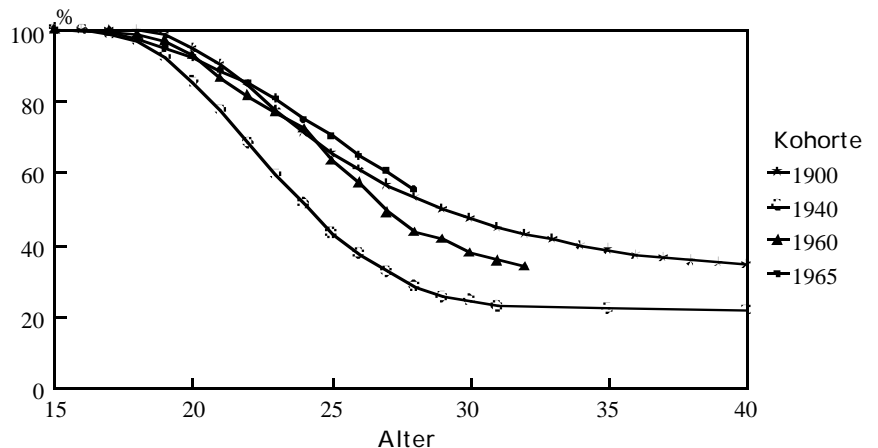
der Zwischenzeit wiederum das Niveau der zu Jahrhundertbeginn Geborenen erreicht.

Ursachen der Verhaltensänderungen

Nach den dargestellten Analysen ergibt sich im intergenerationalen Vergleich, daß sich die Geburtskohorten von 1900 und die jüngeren hier betrachteten Kohorten sowohl in ihrem Heiratsverhalten als auch in der Fertilität ähnlicher sind als eine dieser Kohorten mit der Kohorte von 1940. Zeithistorisch betrachtet zeigen somit die Akteure in der Weimarer Republik hinsichtlich Heiratsalter, Heiratsneigung und Fertilität größere Ähnlichkeit zu den „familialen Mustern der Postmoderne“ als zu den Mustern in den sechziger Jahren. Die Ähnlichkeit in den statistischen Kennwerten der beiden Gruppen läßt jedoch keineswegs den Schluß zu, daß die beiden Populationen auch im Hinblick auf ihre Motive und Lebensumstände übereinstimmen, daß also das gleichartige Handeln auch durch eine Gleichartigkeit in den Randbedingungen und Motiven bestimmt ist. Ganz im Gegenteil: Die allgemeinen Lebensbedingungen in der Weimarer Republik sind doch deutlich anders als die in den sechziger und achtziger Jahren

der Bundesrepublik. Will man die hier gezeigten Ergebnisse sinnvoll interpretieren, dann führen unspezifische Hinweise auf allgemeine zeithistorische Konstellationen aber eher in die Irre. Entscheidend im erklärenden Sinne sind eben nicht die direkt sinnfälligen Differenzen, etwa in Politik, Kultur oder Religion - und seien sie noch so gravierend -, sondern die Unterschiede beziehungsweise Übereinstimmungen in den erklärenden Variablen eines entsprechenden Handlungsmodells für das jeweilig interessierende Verhalten. Betrachtet man das Heiratsverhalten und die Fertilität, dann sind es im wesentlichen vier Merkmale, die zur Erklärung herangezogen werden können und deren Bedeutung mittlerweile auch in einer Vielzahl hier nicht einzeln zu nennender Untersuchungen nachgewiesen wurde. Hierbei handelt es sich um die allgemeine wirtschaftliche Situation, die Verweildauer in den Ausbildungsinstitutionen beziehungsweise die schulische und berufliche Qualifikation, die möglichen Alternativen zur Ehe und den Kinderwunsch. Skizziert man nun die Ausprägungen dieser Variablen in den jeweiligen entscheidungsrelevanten Zeitabschnitten für die hier betrachteten Kohorten, dann ergibt sich folgendes Bild:

Graphik 3: Familienbildung im Kohortenvergleich



Ökonomische Zwänge bestimmten das Handeln

Für die Situation der 1900 Geborenen kann zunächst festgehalten werden, daß es in der Lebensgestaltung kaum Alternativen zur Ehe gab. Aufgrund rechtlicher, religiöser und sozialer Barrieren waren nichteheliche Arrangements auf Dauer kaum möglich. Die einzige Alternative zur Ehe war das Ledigbleiben. Es kann davon ausgegangen werden, daß die Ehe aber ein wichtiger Teil des allgemeinverbindlichen Lebensmodells war und zugleich die zentrale Legitimation für das Verlassen der Herkunftsfamilie. Dies alles spricht zunächst einmal für einen hohen Anteil Verheirateter, ein niedriges Heiratsalter und eine hohe Fertilität in dieser Generation. Wahrscheinlich wurden aber all diese günstigen Voraussetzungen zu Ehe und Familiengründung von den ökonomischen Zwängen überschattet.

Die wirtschaftliche Situation verschloß vielen durchaus stark Motivierten die Möglichkeit der Ehe, da die materiellen Grundlagen für die Haushaltsgründung nicht gegeben waren. Die genannten Argumente lassen sich direkt auch auf die Frage nach der Fertilität übertragen, zumal in diesem Zeitabschnitt Ehe und Familiengründung normativ noch stärker gekoppelt waren als zu späteren Zeitpunkten. Da eine halbwegs vernünftige Versorgung einer Familie vielen ausgeschlossen erschien und bereits die Heiratsneigung relativ gering war, kann die niedrige Fertilität dieser Kohorte nicht überraschen.

Die sechziger Jahre als „golden age of the family“

Für die 1940 Geborenen fallen die Entscheidungen zur Ehe und Familiengründung in die sechziger Jahren. Obwohl sich fraglos sozialnormative und juristische Veränderungen beobachten lassen, ist doch zumindest bis Ende der sechziger Jahre von der normativen Gültigkeit des alten Ehe- und Familienmodells auszugehen. Insbesondere die schulische und berufliche Qualifikation und in Folge die Erwerbstätigkeit der Frauen ist noch gering und nimmt erst in den siebziger Jahren deutlich zu. Die berufliche Karriere von Frauen und damit verbunden der Aufschub oder die Ablehnung einer Heirat beziehungsweise der Familiengründung mit der traditionellen Rollenteilung, stellt für die große Mehrheit der Frauen noch keine Alternative zur Heirat und zu Kindern dar. Diese Alternativlosigkeit sowie das ungebrochene und weiter gültige traditionelle Lebensmodell wird zudem noch von einer prosperierenden Ökonomie abgestützt. Niedrige Arbeitslosigkeit und eine lang anhaltende Periode stetiger Steigerung des individuellen ökonomischen Lebensstandards schufen den Boden für frühe Eheschließungen und Geburten. So gesehen traf diese Kohorte auf Bedingungen, die diesen Zeitabschnitt als „the golden age of the family“ erscheinen lassen.

Gleiches Verhalten - verschiedene Ursachen

Betrachtet man schließlich die Situation für die Kohorte der 1960 beziehungsweise 1965 Geborenen, so hat sich die Situation erneut grundlegend gewandelt. Die Heiratsneigung ist gering, das Heiratsalter tendenziell hoch und die Fertilität niedrig. Von einer goldenen Zeit der Familie kann keine Rede mehr sein; hingegen wird allorten der Zerfall und das Ende der Familie erahnt. Auch wenn das hier festzustellende familiäre Muster stark an das oben skizzierte Verhalten der Geburtskohorte 1900 erinnert, steht dahinter doch eine andere Ursachenkonstellation. Zwar ist die wirtschaftliche Situation auch für die jüngste Kohorte eher negativ, aber sie ist in den objektiven Daten kaum ernsthaft mit der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg vergleichbar. Wichtiger sind andere Faktoren, die für die älteren Kohorten weitgehend unbedeutend waren: Im Zuge der Bildungsexpansion verweilen mehr Frauen deutlich länger in den Bildungsinstitutionen und schieben Ehe und Familiengründung zumindest auf. Vor dem Hintergrund der hohen Investitionen in die individuelle Bildung scheint ein entsprechendes berufliches Engagement fast zwingend, was - bei einem gleichbleibenden Verhalten der entsprechenden Männer - dann zumindest weitere Verzögerungen erwarten läßt. Die Familienbildung ist somit für Frauen mit historisch einzigartig hohen Opportunitätskosten verbunden. Die geringe Fertilität schlägt sich nun auch in einer geringeren Heiratsneigung nieder. Eine nichteheliche Lebensgemeinschaft stellt für kinderlose Paare eine attraktive Alternative zur Ehe dar. Sie ist sozialnormativ nicht mehr sanktioniert und ermöglicht sexuelle und emotionale Bindung bei gleichzeitig geringen exit costs bei einem eventuellen Scheitern der Beziehung. Es dürfte deutlich geworden sein, daß sich alle hier vorgestellten Argumente bruchlos durch ein austauschtheoretische und familienökonomische Ansätze integrierendes rational-choice-Modell explizieren lassen. Mit Hilfe eines derartigen Modells ist es möglich, die verschiedenen demographischen Entwicklungen, gegenläufige Tendenzen aber auch die Konstanz von Verhaltensweisen bei unterschiedlichen Randbedingungen zu erklären.

Krise der Familie historisch nicht neu

Welche Schlußfolgerungen lassen sich nun aus den geschilderten Verläufen und der vorgestellten Erklärungsskizze ziehen? Zwei Punkte sollen dabei herausgehoben werden: Zuerst einmal macht der Blick auf die historischen Entwicklungen deutlich, daß die Thesen, die eine Krise der Familie prophezeien und dies mit den aktuellen Entwicklungen des Heirats- und Fertilitätsverhaltens begründen, so nicht haltbar sind. Die heutigen Verhaltensweisen sind - zumindest wenn man die historische Perspektive über den meist üblichen Rahmen, der die Zeit vor 1945 vernachlässigt, hinaus ver-

längert - nicht so einzigartig, wie ab und an behauptet. Wie die Erklärungsskizze deutlich macht, können hinter äußerlich gleichen Verhaltensweisen häufig sehr unterschiedliche Motivstrukturen stehen. Zweitens ist festzuhalten, daß sich sowohl für die Heirats- wie die Geburtenentwicklung im Laufe dieses Jahrhunderts kein linearer Trend feststellen läßt. Vielmehr ist bei beiden Entwicklungen für die Folge der einzelnen Geburtskohorten eher ein u-förmiger Verlauf zu beobachten. Die oben kurz genannten theoretischen Argumente machen deutlich, daß sowohl für ein Verständnis der bisher abgelaufenen Prozesse, aber natürlich auch für eine fundierte Aussage über zukünftig zu erwartende Entwicklungen die Suche nach langfristigen Trends oder Entwicklungsgesetzen der falsche Weg ist. Vielmehr können die historischen Entwicklungen als Prüfstein für theoretische Modelle zur Erklärung der einzelnen Entscheidungen dienen.

1 Eine Vorversion dieses Beitrages wurde im Rahmen der ad-hoc-Gruppe über „Generationsbeziehungen, Generationsdynamik und Differenzierung von Generationen“ auf dem 28. Kongreß für Soziologie vom 7. bis 1. Oktober 1996 in Dresden vorgestellt.

■ Paul B. Hill, Universität Trier
Tel. 0651/201-2654

■ Johannes Kopp, Universität Mannheim
Tel. 0621/292-3580

Weniger Jugendliche ohne Schulabschluß aus integrierten Schulsystemen

Unterschiede im Schulerfolg nach Nationalität, Geschlecht und Region

Der schulische Abschluß eines jungen Menschen stellt für den weiteren beruflichen Werdegang, seine „soziale Positionierung“ und seinen gesellschaftlichen Status eine ganz entscheidende Weiche dar. In der jüngsten Zeit wird immer wieder diskutiert, welchen Stellenwert der Hauptschulabschluß noch besitzt, und wie schwierig es für Hauptschulabsolventen/-innen ist, einen Ausbildungsplatz zu finden. Ganz besonders trifft jedoch die ohnehin angespannte Arbeitsmarktlage all diejenigen, die nach Beendigung der Vollzeitschulpflicht, d.h. nach neun bis zehn Vollzeitschuljahren, noch keinen Hauptschulabschluß erlangt haben. Da der Hauptschulabschluß der niedrigste Schulabschluß im Schulsystem ist, sind diese Jugendlichen ohne allgemeinbildenden Schulabschluß. An die Vollzeitschulpflicht schließt sich in Form von beruflichen Schulen die Teilzeitschulpflicht von drei Jahren an. Es besteht für die Schulabgänger/-innen zudem noch die Möglichkeit, auch weiter an einer Vollzeitschule zu verbleiben, bzw. an einer beruflichen Schule einen allgemeinbildenden Schulabschluß zu erwerben. Jugendliche ohne Schulabschluß sind nur mit größten Schwierigkeiten auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt zu integrieren. Die Konsequenzen eines fehlenden Schulabschlusses für die weitere persönliche und berufliche Laufbahn sind weitreichend: angefangen von einem geringen Status der Betroffenen in der Gesellschaft, den geringen Ausbildungs- und Berufschancen, der starken Konjunkturabhängigkeit der Hilfs- und Anlernberufe, in denen diese Gruppe beschäftigt ist, der erhöhten Gefahr von Arbeitslosigkeit und weiteren sozialen Problemen.

Ursachen für „Schulversagen“ sind vielfältig

Die wichtigsten Gründe für ein „Schulversagen“, wie das Nicht-Erlangen eines Schulabschlusses bezeichnet wird, sind - neben einer physischen oder psychischen Lernbehinderung - Ursachen, die sowohl im sozialen Umfeld oder im Schulsystem selbst liegen können. Zum sozialen Umfeld zählen z.B. die soziale Herkunft der Kinder, die soziale Distanz der Eltern zum Schulsystem, die elterliche Bildungsaspiration, die elterlichen Wertvorstellungen oder das familiäre Bildungsmilieu. Das Schulsystem kann durch die Präsenz, Verfügbarkeit und Erreichbarkeit der schulischen Einrichtungen, durch die Selektionsmechanismen oder auch durch die Bildungsinhalte auf den schulischen Erfolg einwirken. In der Diskussion über Bildungsungleichheit wird häufig ein ungleicher Bildungserfolg von Schülern und Schülerinnen hinsichtlich ihres Geschlechts, der Region, in der sie leben und ihrer Nationalität konstatiert. Zum Bildungserfolg können verschiedene Aspekte gezählt werden. Er kann darin bestehen, die besseren Noten zu erlangen, seltener Klassen wiederholen zu müssen, einen höheren Schulabschluß zu erreichen oder überhaupt einen Schulabschluß zu erlangen. In diesem Beitrag steht der letztgenannte Aspekt des Schulerfolges, genauer: des Schulversagens, im Vordergrund, und besonders, inwieweit sich der Anteil der Jugendlichen ohne Schulab-

schluß (=„drop-out-Quote“) nach Geschlecht, Nationalität und regionaler Herkunft unterscheidet. Dafür wurden Daten auf Kreisebene der Regionaldatenbank des Deutschen Jugendinstituts für alle Schulabgänger/-innen des Schuljahres 1991/92 verwendet. Die Analysen auf Bundeslandebene nach Geschlecht dif-

ferenziert für das Schuljahr 1994/95 basieren auf der Bildungsstatistik des Statistischen Bundesamtes 1996.

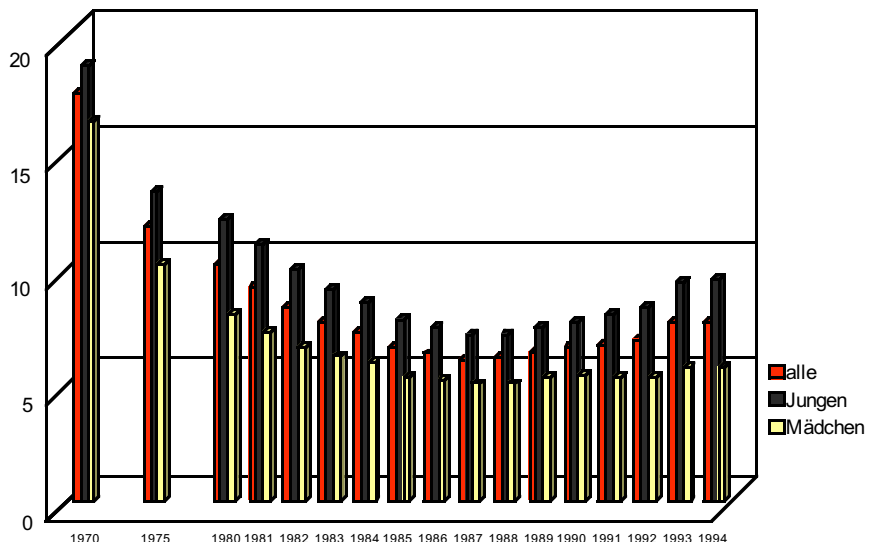
Anteil der Jugendlichen ohne Abschluß in den alten Ländern deutlich gesunken

Betrachtet man die gesamten Anteile der Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluß über die vergangenen Jahrzehnte in den alten Ländern, so zeigt sich, daß dieser Anteil Anfang der siebziger Jahre noch bei knapp 20 Prozent lag, bis 1989 kontinuierlich bis auf 6 Prozent absank und seitdem wieder auf knapp 8 Prozent angestiegen ist (vgl. Graphik 1). Dieser Anstieg macht sich besonders bei den Jungen bemerkbar. Hier lag der Anteil 1994 bei 9,5 Prozent, während von den Mädchen nur 5,7 Prozent ohne Hauptschulabschluß die Schule verließen.

Zwei Drittel der Schulabgänger/-innen ohne Abschluß sind männlich

Betrachtet man die Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluß nach der Schulart, aus der sie entlassen wurden, so zeigt sich, daß sie zu knapp 40 Prozent aus Sonderschulen und zu 38 Prozent aus Hauptschulen stammen bzw. zu weiteren 14 Prozent dort, wo es keine Hauptschulen gibt, aus integrierten Gesamtschulen oder integrierten Klassen. Zwei Drittel dieser Gruppe Jugendlicher sind männlich. Vor allem in den neuen Bundesländern sind unter denjenigen, die ohne Hauptschulabschluß die Schulpflicht beenden, besonders viele Jungen: In Brandenburg sind sogar drei Viertel der Schulentlassenen ohne Abschluß männlich. Ein Ungleichgewicht im schulischen Erfolg zwischen den Geschlechtern besteht in sämtlichen Schularten und bezüglich sämtlicher Arten des Schulerfolges. Während

Graphik 1: Anteil der Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluß an allen Schulabgänger/-innen



Quelle: Bildung im Zahlenspiegel 1996 (bis 1990 alte Länder, ab 1991 insgesamt) (Grundgesamtheit = andere Berechnungsgrundlage als in Tabelle 1)

im Primarschulbereich noch eine Gleichverteilung herrscht, so liegt der Mädchenanteil in Gymnasien und Realschulen zwischen 51 und 52 Prozent. Dagegen besuchen nur 45 Prozent der Mädchen Hauptschulen und sogar nur 39 Prozent Sonderschulen. Durch den hohen Anteil männlicher Schüler in Haupt- und Sonderschulen, ergibt sich u.a. der hohe Anteil männlicher Jugendlicher ohne Hauptschulabschluss, denn Schulabgänger/-innen ohne Abschluß stammen vor allem aus diesen beiden Schularten.

Wie bereits in Graphik 1 im Zeitverlauf erkennbar, ist der Anteil der Jungen, die ohne Hauptschulabschluss die Schule verlassen, deutlich höher als der Anteil der Mädchen. Diese Geschlechterdifferenz hat sich über die Jahre hinweg weiter verstärkt. Während zum Zeitpunkt der höchsten „drop-out“-Quote, zu Beginn der siebziger Jahre, Jungen „nur“ 56 Prozent der Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss ausmachten, so stieg der Anteil der Jungen 1980 auf 62 Prozent an und blieb bis 1990 bei ca. 61 Prozent. Während in den alten Ländern der Anteil der Jugendlichen ohne Abschluß seit 1990 weiter sank, lag diese Quote in den neuen Ländern deutlich höher. Dadurch stieg mit der deutschen Wiedervereinigung der gesamte Anteil der Schulabgänger/-innen ohne Abschluß wieder an. Dieser Anstieg betraf erneut in stärkerem Umfang die Jungen: der Anteil der Jungen unter den Schulabgängern/-innen ohne Abschluß stieg 1990 bis 1994 wieder auf 64 Prozent an.

In den neuen Ländern besonders viele Jungen ohne Abschluß

In Tabelle 1 werden die Anteile der Schulentlassenen ohne Hauptschulabschluss in den Jahren 1991 und 1994 nach Ländern und nach Geschlecht dargestellt. Dabei zeigt sich, daß der Anteil derer, die ohne allgemeinbildenden Schulabschluss die Schule verlassen haben, insgesamt leicht von 8,2 Prozent auf 7,7 Prozent gesunken ist, was allerdings ausschließlich auf den Rückgang der Anteile in den alten Ländern zurückzuführen ist. So liegen die Anteile der Jugendlichen ohne Abschluß 1995 in den alten Ländern bei 6,8 Prozent. Dagegen wurden 11 bis 12 Prozent eines Jahrgangs in Mecklenburg-Vorpommern, Sachsen-Anhalt und Thüringen ohne Abschluß aus der Schule entlassen. Wie bereits erwähnt, ist gerade in Regionen mit einer hohen „drop-out-Quote“ die Differenz zwischen den Geschlechtern besonders groß. So haben im Jahr 1994/95 in nahezu allen neuen Ländern mehr als doppelt so viele Jungen wie Mädchen keinen Schulabschluss in einer allgemeinbildenden Schule erlangt. Eine Ausnahme stellt Berlin dar, wo die höchsten „drop-out-Quoten“ für beide Geschlechter erreicht werden und der Anteil für Jungen bei 15 Prozent, aber auch der für Mädchen bei knapp 10 Prozent liegt (vgl. Tabelle 1).

Sozialisationsunterschiede verantwortlich für unterschiedlichen Schulerfolg ?

Die Ursachen für die geschlechtsspezifischen Unterschiede im Erfolg beim Erlangen eines Schulabschlusses können vielfältig sein. Bekannt ist, daß in den vergangenen vierzig Jahren Mädchen bezüglich des Schulerfolgs und des Erreichens höherer Abschlüsse so weit aufgeholt haben, daß sie bei den Abschlüssen Mittlere Reife und Abitur mittlerweile mehr als die Hälfte der Absolvent/-innen ausmachen. Als mögliche Ursache für den größeren Schulerfolg auf den verschiedenen Ebenen (d.h. Notendurchschnitt, Erreichen des Klassenzieles, höhere Abschlüsse und weniger „drop-out“) der Mädchen wird vor allem die These diskutiert, daß Mädchen aufgrund ihrer Sozialisation enger in die Familie eingebunden seien und gerade in der Pubertät auch stärker kontrolliert bzw. behütet würden als Jungen, was sich auf ihre schulischen Leistungen positiv auswirke. Eine andere viel diskutierte These besagt, daß Mädchen durch ihre Sozialisation zu Tugenden, wie Fleiß, Unterordnung, „Bravsein“, erzogen würden, die wiederum in der Schule besonders honoriert würden.

Neben der bereits genannten These der Sozialisationsunterschiede könnten in den neuen Bundesländern aber auch die veränderten Opportunitätsstrukturen eine Rolle spielen, wie z.B. ein bald nach der Wende aufgekommenes Angebot an Hilfs- und Anlernarbeiten (z.B. im Baugewerbe), das manch einem Jugendlichen attraktiver erschienen sein mag als der Pflichtschulabschluss. Diese Art von Beschäftigung steht wiederum in erster Linie

männlichen Jugendlichen zur Verfügung und könnte mitverantwortlich für die hohe Zahl von Schulabgängern ohne Schulabschluss sein.

Besonders hohe Anteile ohne Schulabschluss in einigen neuen Ländern

Besonders in einigen Regionen der neuen Länder erreichen die Anteile Jugendlicher ohne Hauptschulabschluss 15 bis 20 Prozent (vgl. Graphik 2). Außerdem sind in Berlin, als einziger Großstadt 1991/92 ebenfalls sehr hohe Anteile von über 12 Prozent Jugendlicher ohne Hauptschulabschluss festzustellen. Bei einer differenzierten Betrachtung dieser Werte auf der Ebene der Kreise wird deutlich, daß innerhalb der einzelnen Bundesländer große Unterschiede bestehen können, die durch eine Betrachtung auf Länder- oder gar auf Bundesebene nicht festgestellt werden könnten. So reichen die Quoten innerhalb Mecklenburg-Vorpommerns von knapp 3 Prozent im Landkreis Schwerin bis zu 15 Prozent im Landkreis Grimmen, aber auch in den alten Ländern können große regionale Unterschiede unterhalb der Bundeslandebene auftreten. So hatten 1991/92 über 14 Prozent der Schulabgänger/-innen in Rheinland-Pfalz in der Stadt Ludwigshafen und im Landkreis Kaiserslautern keinen Hauptschulabschluss, dagegen nur 5 Prozent im Kreis Bitburg-Prüm. Der Einfluß durch Standorte von Sonderschuleinrichtungen, an denen höhere Anteile von Schulabgängern ohne Hauptschulabschluss zu erwarten sind, ist gering. Betrachtet man die Anteile der im Vergleichsjahr in Sonderschulen unterrichteten Schüler/-innen in diesen Kreisen, so sind sie nicht höher als in den Nachbarkreisen.

Tabelle 1: Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss 1991/92 und 1994/95 nach Geschlecht

Bundesland	Anteil Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluss in %					
	alle		Jungen		Mädchen	
	1991	1994	1991	1994	1991	1994
Schleswig-Holstein	9,6	7,4	11,9	8,9	7,2	5,8
Hamburg	8,7	7,0	9,9	8,6	7,5	5,4
Niedersachsen	9,6	8,9	11,8	10,7	7,2	6,9
Bremen	9,3	7,7	12,1	8,3	6,4	7,1
Nordrhein-Westfalen	6,2	5,0	7,7	6,2	4,8	3,8
Hessen	9,7	7,1	11,4	8,5	7,9	5,6
Rheinland-Pfalz	9,7	7,7	11,7	9,5	7,4	5,7
Baden-Württemberg	8,6	6,7	9,9	7,8	7,1	5,5
Bayern	8,0	7,1	9,6	8,4	6,4	5,7
Saarland	10,9	8,8	13,3	10,7	8,4	6,8
Berlin	15,1	12,3	18,3	14,9	11,6	9,7
Brandenburg	3,9*	9,9	5,7*	13,6	2,2*	5,5
Mecklenburg-Vorpommern	10,0	11,2	14,1	15,5	5,6	6,7
Sachsen	1,5*	9,5	1,9*	12,8	1,2*	6,0
Sachsen-Anhalt	13,4	10,8	18,4	14,6	8,1	6,8
Thüringen	9,1	11,8	12,0	14,6	5,9	8,9
Deutschland gesamt	8,2*	7,7	10,1*	9,5	6,2*	5,7
alte Länder	8,2	6,8	9,8	8,1	6,4	5,3
neue Länder	6,9*	10,5	9,6*	14,0	4,2*	6,7

* Daten unvollständig
Quelle: DJI-Regionaldatenbank

Graphik 2: Anteil der Schüler/-innen, die ohne Abschluß die allgemeinbildende Schule verlassen haben (1991/92)

wieweit im ländlichen Raum, wo das Angebot an höheren Bildungseinrichtungen geringer ist, auch höhere Anteile an Schulabgängern/-innen ohne Abschluß zu erwarten seien. Weiterhin wurden niedrige Übertrittsraten an höhere Schulen und höhere „drop-out“-Raten im ländlichen Raum damit begründet, daß die im Durchschnitt niedrigeren Bildungsabschlüsse der Eltern und eine traditionelle „Bildungsferne“ der Bevölkerung im ländlichen Raum zu den Ursachen des Stadt-Land-Gefälles in der Schulbildung zählen könnten. Diese Erklärungsmuster können heute für die unterschiedlichen Anteile der Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluß nicht mehr verwendet werden. Es scheint, als seien die Bemühungen der Bildungsreformen der sechziger und siebziger Jahre, in denen in den alten Ländern besonders die oben genannte Benachteiligung des peripheren ländlichen Raumes zu reduzieren versucht wurde, zumindest dahingehend erfolgreich gewesen, daß es dort weniger Jugendliche ohne Schulabschluß gibt als in anderen Regionen. Die bildungspolitischen Bemühungen müßten sich nun stärker auf die ländlichen Kreise in den bereits verstädterten Regionen konzentrieren, wenn die „drop-out“-Quote verringert werden soll.

Aufgrund der Bildungshoheit der Bundesländer stellt sich auf Länderebene die Frage, inwieweit die unterschiedlichen Bildungssysteme der einzelnen Länder Einfluß darauf ausüben, wer „durch das Bildungsnetz fällt“, d.h. inwieweit die bildungspolitischen Konzepte der einzelnen Bundesländer, wie z.B. die Einführung der Gesamtschule oder das Festhalten an den drei weiterführenden Schularten (Hauptschule, Realschule, Gymnasium), Ungleichheit verstärken oder sogar schaffen können.

Zwischen Stadt und Land die höchsten „drop-out“-Quoten

Nimmt man als Typisierung der Stadt- und Landkreise die neun siedlungsstrukturellen Kreistypen der Bundesforschungsanstalt für Landeskunde und Raumordnung zu Hilfe (vgl. Tabelle 2), so zeigt sich, daß es offensichtlich weder die Kernstädte (Ausnahme Berlin), noch die peripheren ländlichen Regionen sind, in denen der höchste „drop-out“ zu beobachten ist. Dies zeigt zum einen, daß in den sehr ländlichen Regionen, die früher hinsichtlich der Bildungsversorgung als vernachlässigt betrachtet wurden, heute ähnlich gute Bedingungen hinsichtlich des Erlangen eines Schulabschlusses herrschen wie in den Agglomerationsräumen. Zum anderen wird dadurch auch deutlich, daß Jugendliche in den Großstädten (Ausnahme Berlin) nicht weniger häufig einen Schulabschluß zu erlangen als in „behüteteren“ Gebieten, also noch nicht die aus anderen Ländern bekannte Problematik der Großstadt-Jugendlichen ohne Schulabschluß verbreitet ist. Jedoch in der „Zwischenkategorie“ Verstädterte Räume und darunter wiederum ländliche Kreise in Ost und West erreichten 1992 relativ hohe Anteile (über 10 Prozent) keinen Hauptschulabschluß, was darauf hindeutet, daß es sich hier um eine bildungspolitisch noch vernachlässigte Region handeln könnte.

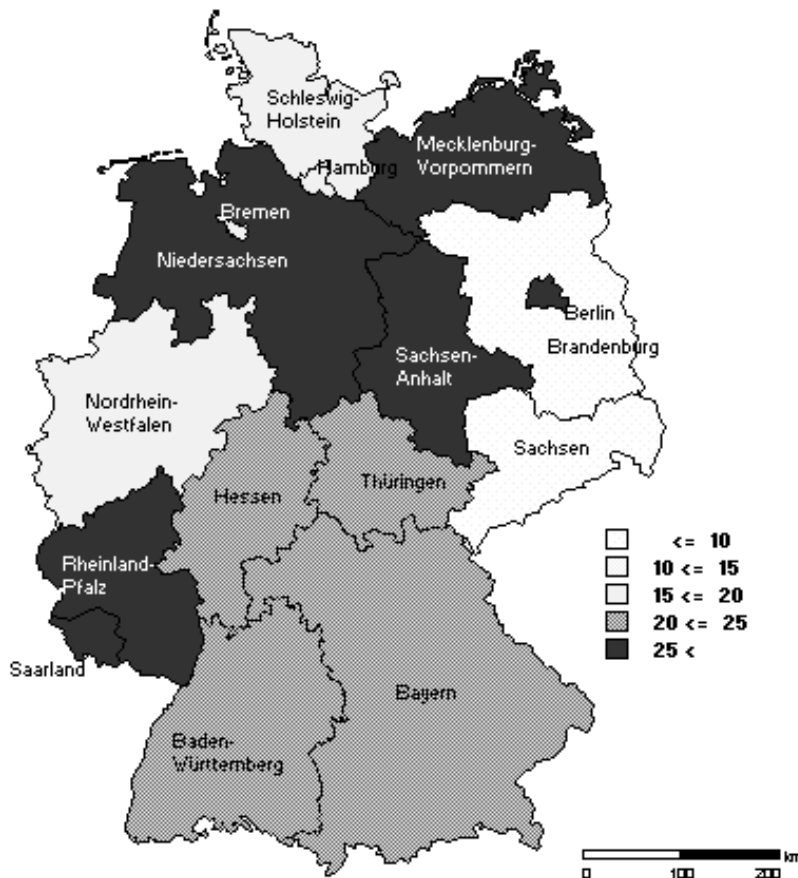
Regionale Ungleichheit im Bildungswesen ist eine Frage, die bereits während der Bildungsreformen der sechziger Jahre aufgeworfen wurde. Dabei stand u.a. zur Diskussion, in-

Tabelle 2: Anteil Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluß 1991/92 nach siedlungsstrukturellen Kreistypen

Siedlungsstruktureller Kreistyp	Anteil Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluß in % (Schuljahr 1991/92)		
	gesamt	West	Ost
Agglomerationsräume			
Kernstädte	8,5	8,3	7,9
Hochverdichtete Kreise	7,6	7,6	nicht besetzt
Verdichtete Kreise	9,2	8,1	12,7
Ländliche Kreise	9,0	9,9	8,2
Verstädterte Räume			
Kernstädte	8,6	8,7	8,1
Verdichtete Kreise	9,0	9,0	9,1
Ländliche Kreise	10,1	9,1	11,2
Ländliche Räume			
Verdichtete Kreise	8,1	8,0	8,1
Ländliche Kreise	8,0	7,9	8,2
Berlin (West und Ost)	15,1		
insgesamt	8,5	8,4	9,2

Quelle: DJI-Regionaldatenbank und BfLR - Laufende Raumbearbeitung

Graphik 3: Anteil ausländischer Schulabgänger/-innen ohne Schulabschluß an allen ausländischen Schülern/-innen (1991/92)



Datenbasis: DJI-Regionaldatenbank

weitere Interpretationen zwischen den Herkunftsnationen und -regionen unterschieden werden. Eine These für die geringeren Unterschiede zwischen den Geschlechtern wäre, daß bei Familien aus Nationen, in denen noch ein sehr traditionelles Rollenverständnis herrscht, bei Jungen mehr und bei Mädchen weniger Nachdruck auf einen schulischen Abschluß gelegt werde.

Ausländische Schüler/-innen haben nicht überall den gleichen Schulerfolg

Betrachtet man die Anteile aller ausländischen Schulabgänger/-innen in den einzelnen Bundesländern, so erreichen die Städte Berlin, Bremen und Hamburg dabei die höchsten Werte (über 16 Prozent), dicht gefolgt von den Flächenstaaten Hessen, Baden-Württemberg und Nordrhein-Westfalen (14 bis 15 Prozent). Vergleicht man allerdings die Anteile der ausländischen Schulabgänger/-innen ohne Abschluß an den ausländischen Schulabgängern/-innen eines Jahrgangs nach Bundesland (vgl. Graphik 3), so zeigt sich, daß besonders hohe Anteile ausländischer Jugendlicher ohne Abschluß in Berlin, Rheinland-Pfalz, Saarland und Niedersachsen erreicht werden, also - mit Ausnahme Berlins - in Ländern, in denen der Anteil aller ausländischer Schulabgänger/-innen nur bei 6 bis 7 Prozent liegt.

In den Ländern, in denen die relativ höchsten Anteile ausländischer Schüler/-innen erreicht werden, wie z.B. in den Stadtstaaten Hamburg und Bremen oder Nordrhein-Westfalen, ist die „drop-out“-Quote der ausländischen Jugend-

Größte Unterschiede zwischen ausländischen und deutschen Schüler/-innen

Die größten Unterschiede bezüglich des Schulerfolgs (in diesem Fall dem Erlangen eines Schulabschlusses) bestehen zwischen deutschen und ausländischen Kindern. So wurden von den ausländischen Schüler/-innen 1991/92 ein Viertel des Jahrgangs ohne Hauptschulabschluß aus den allgemeinbildenden Schulen entlassen (gegenüber 7 Prozent deutscher Schüler/-innen ohne Abschluß). Das Ungleichgewicht zwischen Mädchen und Jungen ist allerdings bei ausländischen Jugendlichen nicht ganz so groß wie bei deutschen Jugendlichen. Während 80 Prozent mehr deutsche Jungen als Mädchen keinen Hauptschulabschluß erlangen (in den neuen Ländern sogar 140 Prozent), so verlassen bei den ausländischen Jugendlichen „nur“ 40 Prozent mehr Jungen als Mädchen die Schule ohne Hauptschulabschluß. Als mögliche Gründe für die höheren „drop-out“-Quoten ausländischer Jugendlichen insgesamt werden sprachliche und kulturelle Probleme der Kinder genannt. Auch die im Durchschnitt meist niedrigeren Bildungsabschlüsse ihrer Eltern könnten genannt werden, die eine geringere Bildungsaspiration vermuten lassen können. Allerdings müßte für

Tabelle 3: Deutsche und ausländische Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluß 1991/92

Bundesland	Anteil Schulabgänger/-innen ohne Hauptschulabschluß in % an der jeweiligen Grundgesamtheit		Anteil ausländischer Schüler/-innen an allen Schülern/-innen
	deutsche	ausländische	
Schleswig-Holstein	9,1	19,4	5,5
Hamburg	6,9	17,8	16,6
Niedersachsen	8,3	28,1	6,4
Bremen	7,5	18,4	16,4
Nordrhein-Westfalen	4,7	15,1	14,6
Hessen	7,2	22,8	15,7
Rheinland-Pfalz	8,6	25,4	6,5
Baden-Württemberg	6,0	22,4	15,7
Bayern	6,3	24,5	9,5
Saarland	9,8	25,3	7,2
Berlin	12,3	28,8	16,6
Brandenburg	3,9*	6,3*	0,1
Mecklenburg-Vorpommern	10,0	33,3*	0,0
Sachsen	1,5*	0,0*	0,0
Sachsen-Anhalt	13,4	55,6*	0,1
Thüringen	9,1	25,0*	0,1
Deutschland gesamt	6,8	20,9	10,2

* Daten unvollständig
Quelle: DJI-Regionaldatenbank

lichen dagegen deutlich geringer (vgl. Tabelle 3). Dies könnte darauf hindeuten, daß bei einer großen Zahl ausländischer Mitschüler/-innen eine bessere Integration und damit auch bessere Schulleistungen erreicht werden als wenn die ausländischen Schüler/-innen nur geringe Anteile an der Schülerschaft ausmachen. Auch ist anzunehmen, daß in den Bundesländern, in die schon früh Gastarbeiter zugewandert sind, bereits Kinder der zweiten oder sogar dritten Generation leben, die geringere Sprachprobleme haben. Da wegen der niedrigen Fallzahlen diese Anteile in den neuen Ländern nur vorsichtig zu interpretieren sind, wurden hier nur die Verhältniszahlen in den alten Ländern betrachtet.

Niedrige Anteile ohne Abschluß bei integrierten Schulsystemen

Hinsichtlich der schulischen „drop-out“-Quoten bestehen große geschlechtsspezifische, regionale und herkunftsbedingte Unterschiede, wobei die größten Unterschiede zwischen deutschen und ausländischen Jugendlichen bestehen. In Anlehnung an das „katholische Arbeitermädchen vom Lande“, das als die Inkarnation aller Benachteiligungen im Bildungssystem in den 60er Jahren galt, muß man - bezogen auf die hier vorgestellten Ergebnisse - zumindest das Attribut „vom Lande“ und das Geschlecht aus den Benachteiligungen streichen. Mädchen verlassen wesentlich seltener das allgemeinbildende Schulsystem ohne Abschluß als Jungen und in den peripheren, ländlichen Regionen sind heute eher niedrige „drop-out“-Raten festzustellen. Auch bestehen große Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland. Die Ursachen, die für die höheren Anteile an Schülern ohne Abschluß in den neuen Ländern, verantwortlich sind, können vielschichtig sein. Eine These wäre, daß sie in der Umstellung und der Anpassung der Jugendlichen an neue Schulsysteme liegen könnten. Ein anderer Grund könnte darin liegen, daß veränderte Opportunitätsstrukturen, wie z.B. das Angebot von Hilfsarbeiten (z.B. im Baugewerbe), mit denen auch ohne Schulabschluß Geld zu verdienen ist, männliche Jugendliche im Osten beeinflußt haben.

Die geringsten Anteile an Schulabgängern/-innen ohne Hauptschulabschluß wurden 1994 mit Abstand in Nordrhein-Westfalen erreicht, gefolgt von Hamburg und Brandenburg. Hier ist besonders die niedrige Rate in Hamburg hervorzuheben, da diese Stadt - zusammen mit Berlin - den höchsten Anteil ausländischer Schüler/-innen besitzt und dennoch nur sehr niedrige „drop-out“-Quoten aufweist. Auch Nordrhein-Westfalen hat trotz hoher Ausländer/-innen-Anteile die niedrigste Quote der Schulabgänger ohne Abschluß. Es stellt sich die Frage, welche Mechanismen für solch günstige Verhältnisse verantwortlich sein könnten. Eine Ursache könnte darin liegen, daß die einzelnen Bundesländer aufgrund der Länderhoheit im Bildungswesen verschiedene schulpolitische Leitbilder verfolgen. So wird in Nordrhein-Westfalen und Hamburg schon

lange das Gesamtschulskonzept vertreten. Auch unter den neuen Ländern sind die Quoten in Brandenburg und in Sachsen, wo integrierte Schulen, bzw. integrierte Haupt- und Realschulklassen geführt werden, am besten, d.h. dort werden am wenigsten Schüler/-innen eines Jahrgangs ohne Abschluß entlassen. Auch die ausländischen Jugendlichen, die die höchsten „drop-out“-Quoten erreichen, schneiden in den Ländern am besten ab, in denen integrierte Schulsysteme existieren. Die Diskussion um den Erfolg eines Schulsystems sollte daher nicht nur am „Output“ des höchsten Abschlusses gemessen werden, sondern es

sollten auch diejenigen berücksichtigt werden, die „durch das schulische Netz fallen“. Die große Bedeutung, die ein Schulabschluß für die berufliche, aber auch die soziale Entwicklung und den gesellschaftlichen Status eines jungen Menschen hat, sollte eine stärkere Beachtung einer nicht zu vernachlässigenden Gruppe Jugendlicher ohne Abschluß zur Folge haben, die sich sonst als „No-Future-Generation“ mit großen sozialen Problemen verstehen muß.

■ **Caroline Kramer, ZUMA**
Tel. 0621/1246-244

Memorandum zu einer europäischen Sozialberichterstattung für das Fünfte Rahmenprogramm der EU

Am 11. Januar dieses Jahres trafen sich am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung rund 20 Sozialwissenschaftler verschiedener Disziplinen aus 11 europäischen Ländern, zumeist Vertreter bekannter Forschungseinrichtungen sowie Repräsentanten der „European Science Foundation“, um über die inhaltliche Ausrichtung des fünften „Research and Technological Development Framework Programme“ der EU zu diskutieren und dazu eine Empfehlung abzugeben. Auf der Basis eines von Peter Flora (Universität Mannheim) verfaßten Entwurfs wurde ein Memorandum „A System of Socio-Economic Reporting on Europe“ verabschiedet, das Frau Edith Cresson, dem für Forschung zuständigen Mitglied der Europäischen Kommission, überreicht werden soll. In dem Memorandum wird vorgeschlagen, die sozialwissenschaftlichen Forschungsaktivitäten im Fünften Rahmenprogramm (1999-2001) auf die Entwicklung eines „Europäischen Systems sozio-ökonomischer Berichterstattung“ zu konzentrieren. Damit soll der Aufbau einer sozialwissenschaftlichen Infrastruktur und die Intensivierung der Forschungsk Kooperation auf europäischer Ebene gezielt unterstützt und zugleich ein wesentlicher Beitrag zum besseren Verständnis der europäischen Gesellschaft(en) sowie ihrer Entwicklungstendenzen und -probleme geleistet werden. Ein zentrales Ergebnis könnte in einer Reihe von „Social Reports“ bestehen, in denen die verschiedenen, im Memorandum behandelten Forschungsaktivitäten (z.B. im Bereich sozialer Indikatoren, der Verbesserung des Zugangs zu amtlichen Mikrodaten, der Durchführung eines europäischen Wohlfahrtssurveys, der Sozialstaatsbeobachtung sowie einer verstärkten Betrachtung von Regionen und Städten) integriert werden.

■ **Heinz-Herbert Noll, ZUMA**
Tel. 0621/1246-241

Beachtliche Unterschiede in der Lebenszufriedenheit zwischen den Ländern der Europäischen Union

Eine Untersuchung auf der Basis des Eurobarometers

In der Sozialindikatorenforschung besteht heute weithin Konsens, daß eine Beschreibung objektiver Lebensverhältnisse wie beispielsweise der Einkommensverhältnisse, des Bildungsniveaus oder der Wohnsituation nicht ausreicht, um befriedigende Rückschlüsse auf die tatsächliche Lebensqualität einer Gesellschaft zu ziehen. Vielmehr kommt es darauf an, wie die objektiven Gegebenheiten oder deren Veränderungen wahrgenommen und beurteilt werden. In diesem Zusammenhang bezeichnet der Begriff subjektives Wohlbefinden die von den Betroffenen selbst geäußerten Einschätzungen über spezifische Lebensbedingungen und über das Leben im allgemeinen. Die allgemeine Lebenszufriedenheit als ein bilanzierendes Maß der Wohlbefindens steht im Mittelpunkt dieser Untersuchung. Dazu soll auf Basis von Eurobarometer-Daten die Lebenszufriedenheit in den einzelnen Ländern Westeuropas untersucht und ihre Entwicklung über den Zeitraum zwischen 1988 und 1995 betrachtet werden. Weiterhin wird geprüft, welche Rolle sozialstrukturelle Merkmale für das subjektive Wohlbefinden spielen.

Als Datengrundlage dienen die Eurobarometer - Umfragen, die im Auftrag der Europäischen Kommission seit nunmehr 20 Jahren zweimal jährlich in den jeweiligen Mitgliedsländern der Europäischen Union durchgeführt werden, um politische und soziale Einstellungen sowie deren Veränderung über die Zeit zu messen. In jedem Eurobarometer steht ein bestimmtes Thema im Vordergrund, wobei eine weitere Stärke des Instruments darin besteht, daß ein bestimmter Teil der Fragen regelmäßig wiederholt wird.

Lebenszufriedenheit innerhalb der Länder relativ stabil

Betrachtet man zunächst den EU - Durchschnitt, so verläuft die Zufriedenheit, die auf einer Skala von 1 (sehr unzufrieden) bis 4 (sehr zufrieden) gemessen wird, mit Ausnahme von zwei marginalen Hochs und einem Tief, zwischen 1988 und 1995 fast genau entlang dem dritten Skalenpunkt, der 'zufrieden' bedeutet. Dänemark liegt mit etwas mehr als einem halben Skalenpunkt über diesem Schnitt, gefolgt von Holland und Luxemburg. Die Iren, Belgier, Westdeutschen und Briten bewegen sich entlang des europäischen Durchschnitts, wengleich ein wenig darüber. Die Lebenszufriedenheit der Italiener, gefolgt von der Spanier, Ostdeutschen und Franzosen, liegt unterhalb des gesamteuropäischen Durchschnitts, während Portugal und Griechenland die Schlußlichter in der Zufriedenheitsbewertung bilden (Graphik 1).

Innerhalb der einzelnen Länder ist die Entwicklung der Lebenszufriedenheit in dem gemessenen Zeitraum sehr stabil, und auch der

Abstand zwischen den Ländern bleibt nahezu konstant. Weiterhin fällt auf, daß in den meisten der ökonomisch schwächeren Länder der Europäischen Union (Ostdeutschland, Portugal und Griechenland) ein leichter Anstieg verzeichnet werden kann, während die Lebenszufriedenheit in Belgien, Westdeutschland und Spanien im Laufe des Untersuchungszeitraums etwas absinkt. Mit Ausnahme von Irland und Westdeutschland zeigt sich ein Zusammenhang zwischen Reichtum und Ausmaß sozialer Gerechtigkeit eines Landes und der Zufriedenheit seiner Bürger.

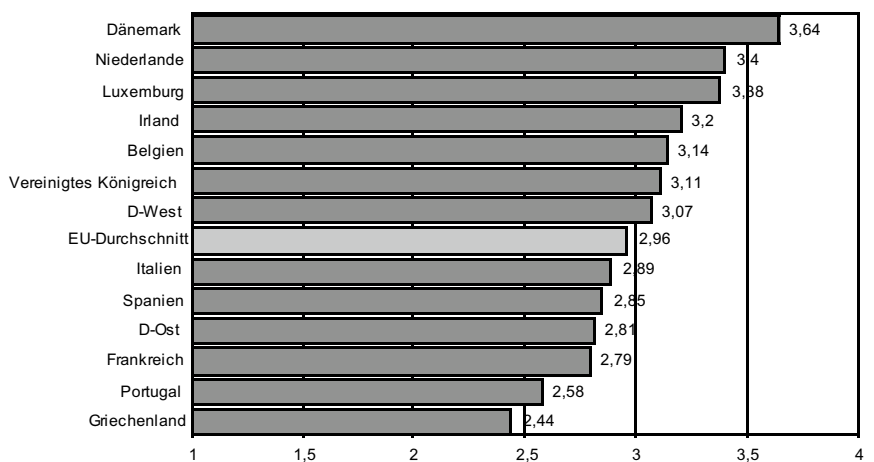
Ökonomisch schwächere Länder sind am unzufriedensten

Betrachtet man die Streuung (die Standardabweichungen) der Antworten um den jeweiligen nationalen Mittelwert, so fällt auf, daß die Verteilung in Ländern mit durchschnittlich hoher Zufriedenheit homogener ist als in Ländern, in denen das subjektive Wohlbefinden geringer ist.

Die theoretischen Erklärungen für die weitgehende Stabilität im Zeitverlauf bei gleichzeitig stabilen Differenzen zwischen den Ländern sind mannigfaltig, bieten jedoch allesamt keine hinreichend befriedigende Antwort. Ohne Anspruch auf Vollständigkeit seien einige von ihnen aufgeführt. Eine zunächst sehr naheliegende methodische Erklärung der unterschiedlichen Niveaus im subjektiven Wohlbefinden sind sprachliche Verschiedenheiten, die, induziert durch die simple Übersetzung der Frage, jeweils unterschiedliche Konnotationen des Begriffes „Zufriedenheit“ in den jeweiligen Landessprachen oder Kulturen betonen könnten. Mehrere Untersuchungen (Blisshen & Atkinson 1980, Inglehart 1977, Inglehart & Rabier 1986) haben jedoch gezeigt, daß dieses Argument nicht haltbar ist, denn weder das Ausmaß der Zufriedenheit französisch sprechender Kanadier noch das der Wallonen ähneln dem Zufriedenheitsniveau in Frankreich. Im Gegenteil, die Unterschiede zwischen den Volksgruppen in Kanada und Belgien sind nur marginal.

Eine andere These besagt, daß Individuen eine angeborene oder in frühester Kindheit erworbene generelle Disposition zur Zufriedenheit oder Unzufriedenheit haben (Headey & Wearing 1992). Diesem Argument folgend sind die nationalen Unterschiede in der Lebenszufriedenheit dann auf eine unterschiedliche Verteilung dieser Persönlichkeitsmerkmale zurückzuführen. Untersuchungen

Graphik 1: Lebenszufriedenheit in den Ländern der EU 1995 (Mittelwerte)



Datenbasis: Eurobarometer Nr. 43, Frühjahr 1995
Skala von 1 'sehr unzufrieden bis 4 'sehr zufrieden'

Tabelle 1: Erklärungskraft sozialstruktureller Variablen für die Lebenszufriedenheit in den europäischen Ländern

Länder	EU Beta		B Beta	DK Beta	D-W Beta	D-O Beta	GR Beta	E Beta	F Beta	IRL Beta	I Beta	L Beta	NL Beta	P Beta	UK Beta
	ohne Nation	mit Nation													
Geschlecht	.02	.01	.08	.03	.06	.05	.03	.05	.04	.01	.09*	.18*	.12*	.04	.01
Bildung ¹	.12*	.06*	.14	.10*	.09*	.10	.11*	.16*	.08*	.22*	.16*	.15	.14*	.12	.13*
Erwerbsstatus ²	.15*	.13*	.24*	.15	.20*	.31*	.17	.18	.20*	.21*	.08	.29	.15*	.09	.20*
subjektive Schicht ³	.11*	.14*	.10	.10*	.15*	.12*	.07	.16*	.18*	.22*	.12*	.11	.04	.25*	.09*
Einkommensquartile	-	-	.11*	.19*	.16*	.24*	.20*	.15*	.11*	.09	.15*	.29*	.18*	.08*	.21*
Inglehart-Index ⁴	.03	.02	.10*	.11*	.01	.07	.05	.01	.04	.05	.05	.08	.07	.09	.04
Links-Rechts ⁵	.08*	.05*	.15*	.06	.07	.14	.13*	.02	.10	.05	.11	.22*	.10*	.09	.08
Region	-	-	.25*	.09	.09	.13	.22*	.20*	.10	.22*	.25*	.06	.08	.09	.09
Nation	-	.30*	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Anteil erklärter Varianz (%)	.07	.15	20	11	15	26	18	17	12	20	17	22	13	12	15
Missings (%)	27,6	27,6	60,7	23,8	36,1	30,0	40,4	49,0	38,9	57,2	50,7	49,3	34,0	36,7	41,2
N	12112	12112	946	970	1506	395	963	940	959	922	927	469	955	951	1229

* signifikant p < .05

¹ Alter beim höchsten Schulabschluss

² Hausfrau/-mann, arbeitslos, RentnerIn, LandwirtIn, Selbständige(r), qualifizierte(r) Angestellte(r), einfache(r) Angestellte(r), ArbeiterIn

³ Arbeiterschicht, Mittelschicht, Oberschicht

⁴ Materialist, Mischtyp, Postmaterialist

⁵ (1) links - (10) rechts

Datenbasis: Eurobarometer Nr. 40, Herbst 1993

haben jedoch ergeben, daß die Zufriedenheit mit dem Leben im Laufe eines Lebens sehr veränderlich ist und daß positive oder negative Lebensereignisse einen erheblichen und teilweise nachhaltigen Einfluß auf das Wohlbefinden haben. Außerdem sollte man erwarten, daß sich diese generelle Disposition auch in unterschiedlichen Bereichszufriedenheiten manifestiert: Eine Person müßte also nicht nur mit dem Leben allgemein zufrieden oder unzufrieden sein, sie müßte es dann auch mit der Arbeit, der Familie oder der Freizeit sein. Die empirischen Befunde sprechen jedoch dagegen.

Eine ähnliche Position wird auch von Vertretern der These eines Nationalcharakters eingenommen (Inglehart 1995, Inkeles 1988). Sie behaupten zwar, daß die Tendenz einer Person, zufrieden oder unzufrieden zu sein, nicht von der Persönlichkeit determiniert, sondern vielmehr fester Bestandteil eines Nationalcharakters sei. Dieser sei durch die Erfahrungen früherer Generationen determiniert und durch die Sozialisation ihrer Nachfahren an spätere Generationen weitergegeben (Inglehart 1977, 1995). Träfe dies zu, dann müßte die mittlere Lebenszufriedenheit von Migranten der gemessenen Lebenszufriedenheit in ihrem Heimat- oder Herkunftsland ähnlicher sein als das durchschnittliche Zufriedenheitsniveau im Gastland. Tatsache ist jedoch, daß eine Untersuchung bereits der ersten Generation griechischer, italienischer, spanischer, türkischer und jugoslawischer Migranten diese Theorie nicht bestätigte, da ihre Lebenszufriedenheit sich nicht mit der im Heimatland gemessenen deckte.

Daneben wird die individuelle Lebenszufriedenheit auch anhand von sich wandeln-

den Anspruchsniveaus erklärt. Zwischen Wertvorstellungen und subjektivem Wohlbefinden bestünde ein sehr enger Zusammenhang, da Menschen erst dann zufrieden seien, wenn angestrebte Ziele erreicht worden wären (Inglehart 1977, 1995). Dieses Gefühl der Zufriedenheit sei jedoch immer nur vorübergehend, und sobald ein Ziel erreicht wäre, würden neue Ziele anvisiert. Gesamtgesellschaftlich würde lange anhaltender Wohlstand die Ansprüche ganzer Generationen entsprechend ihren Lebensumständen steigern. Eine Überprüfung dieser Annahme verlangt eine Datenbasis, die mehrere Generationen erfaßt. Eine solche existiert leider für den Indikator Lebenszufriedenheit nicht, und 20 Jahre Eurobarometer stützen diese Aussage nicht.

Gründe für Zufriedenheit vielfältig

Um dieser Frage nachzugehen, wurden soziodemographische Variablen (Alter, Geschlecht, Bildung, Einkommen, Erwerbsstatus) sowie ein Indikator zur subjektiven Schichtestufung, zur politisch ideologischen Selbsteinstufung und zur Wertpriorität der befragten Person in die Untersuchung aufgenommen. Zusätzlich wurde die geographische Region¹, in welcher der Befragte lebt, berücksichtigt, denn wenn die Tendenz besteht, daß das subjektive Wohlbefinden in reichen Ländern höher ist als in ärmeren, so wäre es durchaus plausibel, daß Personen, die in wirtschaftlich benachteiligten Regionen leben, mit ihrem Leben auch weniger zufrieden sind. Der statistische Einfluß dieser einzelnen Variablen wurde mit Hilfe einer Multiplen - Klassifikationsanalyse (MCA) für das Jahr 1993 berechnet und nach Alter kontrolliert.

Zufriedener ist, wer finanziell besser gestellt ist, eine gute Bildung und einen höher qualifizierten Beruf hat

Nimmt man alle Variablen zusammen, so zeigt sich, daß lediglich zwischen 10 und 15 Prozent der Varianz in der Lebenszufriedenheit aller Europäer erklärt werden, wobei zwischen 1988 und 1993 ein leichter Anstieg zu beobachten ist (Verlaufsdaten nicht dargestellt). Die Unregelmäßigkeit, mit der einzelne Indikatoren im zeitlichen Verlauf Signifikanz aufweisen, kann hier als eine Folge dieser geringen Erklärungskraft gewertet werden. Das Haushaltseinkommen wurde in die gesamteuropäische Betrachtung nicht eingeschlossen. Auch konnte die Variable Region aus technischen Gründen hier nicht in die multivariate Analyse einbezogen werden.

Von den übrigen Merkmalen entfiel die mit Abstand stärkste Bedeutung während des gesamten Untersuchungszeitraums (mit einem beta - Koeffizienten von rund .30) auf die Nationalität des Befragten, womit sich zeigt, daß bei dieser Analyse nationale Kriterien wichtiger zur Vorhersage individueller Zufriedenheit sind als persönliche Merkmale. Nimmt man diese Variable aus der gesamteuropäischen Betrachtung heraus, so reduziert sich die Vorhersagekraft der übrigen, sozialstrukturellen Variablen um die Hälfte. Dennoch, der Erwerbsstatus, die subjektive Schichteinordnung und zu einem geringeren Teil auch die Bildung haben ebenfalls einen signifikanten Einfluß auf die Lebenszufriedenheit in gesamteuropäischer Perspektive, während das Geschlecht hier keine Rolle spielt.

Berechnet man den Einfluß dieser Variablen auf nationaler Ebene, so schwankt die Bedeu-

tung der Erklärungskraft der hier untersuchten Merkmale für die Lebenszufriedenheit erheblich zwischen den Ländern. Mit Einschränkung gilt die Tendenz, daß je reicher ein Land ist, desto geringer die Erklärungskraft dieser einzelnen Variablen, wobei es dennoch auch hier Ausnahmen gibt. Welcher Aspekt in reichen Ländern nun für das höhere Zufriedenheitsniveau verantwortlich ist, kann nicht einwandfrei geklärt werden.

Im Eurobarometer wurde nach dem Bruttoeinkommen des Haushalts gefragt, das für die Analyse in Quartile eingeteilt wird. Die Analyse basiert daher nicht auf absoluten Einkommensangaben, sondern auf relativen Einkommenspositionen. Die Einkommenspositionen spielen häufig gerade in den reicheren Ländern eine größere Rolle. In eher ärmeren europäischen Ländern (Griechenland, Spanien, Portugal) hat die Einkommensposition während des Untersuchungszeitraums keine oder eher selten eine signifikante Bedeutung, was zunächst im Widerspruch zu den in der Literatur gefundenen Ergebnissen steht. Eng verbunden mit dem Einkommen sind auch der Erwerbsstatus und die subjektive Schichtzugehörigkeit, die beide in allen Ländern einen signifikanten Einfluß auf die Lebenszufriedenheit haben, obwohl das Ausmaß ihrer Bedeutung zwischen den Ländern variiert. Es ergeben sich allerdings keine klaren Muster, die eine Zuordnung von Ländern zuließe. Ähnlich verhält es sich mit dem Bildungsniveau des Befragten. Zwar ist die Bildung in den ökonomisch weniger gesicherten Staaten (Griechenland, Portugal, Irland, Vereinigtes Königreich) tendenziell bedeutsamer für die Zufriedenheit als in den ökonomisch besser gestellten Ländern, aber sie hat auch in dem ökonomisch reichen Staat Westdeutschland einen hohen Stellenwert für die Lebenszufriedenheit.

In bezug auf den Einfluß der persönlichen Wertorientierung (Materialismus/ Postmaterialismus) auf das subjektive Wohlbefinden sind die Ergebnisse auf gesamteuropäischer Ebene zu den meisten Zeitpunkten statistisch signifikant. Inhaltlich ist wiederum kein klares Muster zu erkennen, da die Unterschiede in den Mittelwerten zwischen den drei Gruppen (Materialisten, Postmaterialisten und Mischform) zum einen relativ gering sind, und zum anderen ist keine der drei Gruppen zu allen Zeitpunkten immer zufriedener oder unzufriedener als die anderen. Ganz anders verhält es sich mit der politischen Ideologie. Obwohl zwischen Postmaterialismus und der politischen Selbsteinstufung der Befragten als eher links ein klarer Zusammenhang besteht, sind die statistischen Maßzahlen der Links-Rechts-Skala meist, wenn auch nicht sehr bedeutsam, so doch signifikant. Diejenigen, die sich auf dieser Skala als „links“ einstufen, sind häufig mit ihrem Leben unzufriedener. Innerhalb einzelner Länder kann dieser Effekt nicht in dieser Deutlichkeit nachgewiesen werden. Bezüglich des regionalen Einflusses auf die Lebenszufriedenheit fällt auf, daß besonders

in den Ländern (nicht Regionen), in denen entweder regionale Konflikte schwelen (Spanien, Belgien, und im weiteren Sinne auch Italien), oder deren wirtschaftliche Schwierigkeiten vergleichsweise markant sind (Portugal und Spanien, aber nicht Ostdeutschland!), die RegionenvARIABLE über die Zeit hinweg signifikant sind. Hier muß jedoch hinzugefügt werden, daß die Zufriedenheiten innerhalb der einzelnen Regionen über die Zeit nicht stabil sind. In Ländern wie Deutschland (West), Dänemark, Frankreich, Luxemburg und den Niederlanden ist der Einfluß der RegionenvARIABLE eher unbedeutend.

Durch diese Untersuchung konnte keine der in der Literatur diskutierten Erklärungen für die national unterschiedlichen Niveaus in der Lebenszufriedenheit belegt werden. Es konnte lediglich gezeigt werden, daß die Nationalität der befragten Personen für die Vorhersage ihrer Lebenszufriedenheit bedeutsamer ist, als dies individuelle Merkmale wie Geschlecht, Einkommen oder Bildung sind. Ob die geäußerte Lebenszufriedenheit nun Ausdruck eines historischen, über Generationen hinweg vermittelten Weltbildes ist oder das Resultat wohlfahrtsstaatlicher Bemühungen, den Bürgern Sicherheit zu bieten, kann also nicht entschieden werden. Mit Hilfe von Personenvariablen konnten wir lediglich herausfinden, daß es für die Lebenszufriedenheit einen gewissen Unterschied macht, welche Bildung jemand hat, wieviel Einkommen dem Haushalt zur Verfügung steht, und welcher sozialen Schicht jemand angehört. Dennoch, die Erklärungskraft aller dieser Merkmale zusammen genommen ist auf nationaler Ebene relativ gering, und die Tatsache, daß die Nation die wichtigste Erklärungsvariable in gesamteuropäischer Betrachtung ausmachte, zeigt, daß mit den untersuchten persönlichen Merkmalen die nationalen Unterschiede in der Zufriedenheit nicht befriedigend erklärt werden können.

1 Das regionale Bezugssystem der Europäischen Union ist die „Nomenclature des Unités Statistiques (NUTS)“, welches das Ziel verfolgt, ein einheitliches Raster für eine europäische Regionalstatistik zu schaffen. Die Systematik ist auf regionaler Ebene dreifach gegliedert. In diesem Sinne werden in der Bundesrepublik die regionalen Ebenen von den Bundesländern (NUTS 1), auf die in diesem Beitrag Bezug genommen wird, den Regierungsbezirken (NUTS 2) und den Kreisen und kreisfreien Städten (NUTS 3) gebildet.

Blishen, B. R., T. Atkinson 1980: Anglophone and Francophone differences in perceptions of the quality of life in Canada. In: Szalai, A., F. M. Andrews (Hrsg.): The Quality of life. London: Sage.

Heady, B., A. Wearing 1992: Understanding happiness. A theory of subjective well-being. Cheshire: Longman.

Inglehart, R. 1977: The silent revolution. Princeton, NJ: Princeton University Press.

Inglehart, R. 1995a: Kultureller Umbruch. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Inglehart, R. 1995b: Modernization and postmodernization. Manuskript.

Inglehart, R., J. R. Rabier 1986: Aspirations adapt to situations - But why are the Belgians so much happier than the French? A cross-cultural analysis of the subjective quality of life. In: Andrews, F. M.: Research on the quality of life. Survey Research Center, The University of Michigan.

Inkeles, A. 1988: National character revised. Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB) Abteilung: Sozialstruktur und Sozialberichterstattung, Arbeitspapier P89-103.

■ **Ingeborg Weller, Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB)**
Tel. 030/25491-383

Sozialberichterstattung im südlichen Afrika

'Transformation' ist zum Schlüsselbegriff der neunziger Jahre geworden. Das Ende des kalten Krieges hat nicht nur in Europa, sondern in weiten Teilen der Welt einschneidende gesellschaftliche Umwälzungen ausgelöst. Im südlichen Afrika waren diese Umwälzungen in ihrer Zuspitzung auf den Konflikt zwischen der schwarzen Bevölkerungsmehrheit und der weißen Bevölkerungsminderheit besonders dramatisch. Südafrika mit seinem charismatischen Staatschef Nelson Mandela, und Namibia, die einstige deutsche Kolonie, standen für einige Zeit im Zentrum des Medieninteresses. Inzwischen ist die „heiße“ Phase des Umbruchs vorbei. Die neuen Regierungen haben sich etabliert, ihre politischen Ziele formuliert, Programme verabschiedet und Reformen eingeleitet. In beiden Ländern gibt es Projekte der Sozialberichterstattung, die diesen Wandel begleiten und so dokumentieren, wie er sich auf die Lebensbedingungen, Lebensqualität und Lebenszufriedenheit der Menschen niederschlägt. Zwei Beispiele:

Das Indicator Project South Africa

Das Indicator Project South Africa am Center for Social and Development Studies der Universität von Natal in Durban besteht seit Anfang der achtziger Jahre. Ziel war es, ein System sozialer Indikatoren zu entwickeln und mit diesem Wahrnehmungen individueller Lebensqualität und sozialer Ungleichheit in Südafrika abzubilden. Dieser Arbeitsschwerpunkt besteht nach wie vor, doch sind über die Jahre weitere Aktivitäten hinzugekommen. Heute gliedert sich die Forschungseinheit in drei zentrale Bereiche:

Indicator Press

Die Indicator Press ist als eigenständiger Verlag der Forschungseinheit angegliedert. Veröffentlicht werden Monographien zu den sozialen, politischen und wirtschaftlichen Fragen, mit denen sich Südafrika konfrontiert sieht. Das Verlagsprogramm macht deutlich, daß bereits Jahre vor dem politischen Umbruch daran gearbeitet wurde, Perspektiven und Grundlagen einer künftigen Bildungs-, Jugend-, Siedlungs-, Wirtschafts- und Umweltpolitik zu entwickeln. Ungewöhnlich die Studie Political Conflict in South Africa. Data Trends 1984 -1988. Hier wurde der Versuch unternommen, die Intensität der Auseinandersetzungen zwischen Regierung und Anti-Apartheid-Opposition anhand von Indikatoren (wie etwa den politisch bedingten Todesfällen, Boykott- und Streikaktionen, Verhaftungen etc.) zu „messen“, den Verlauf des Konflikts so über vier Jahre hinweg für einzelne Regionen zu dokumentieren und ihn damit einer Analyse und Kommentierung zugänglich zu machen.

Indicator South Africa Quarterly Reports

Seit Juni 1983 erscheint vierteljährlich die Zeitschrift Indicator South Africa. The Barometer of Social Trends. Die Zeitschrift versteht sich als Plattform, die Raum bietet für eine qualifizierte Debatte über die gesellschaftliche Entwicklung Südafrikas. Veröffentlicht wer-

den eigene Berichte und Daten, vor allem aber auch Beiträge von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern anderer Forschungseinrichtungen, von Experten aus Politik und Wirtschaft. Die einzelnen Aufsätze haben unterschiedlichen Charakter: es werden Ergebnisse empirischer Untersuchungen präsentiert, politische Strategien analysiert, Forschungsprojekte vorgestellt. Essays beschäftigen sich mit den kulturellen Begleiterscheinungen des Wandels, etwa mit den Anzeichen eines wachsenden Mißtrauens der Bürger in Politiker und politische Institutionen („what the Germans call Politikverdrossenheit“).

The Quality of Life and RDP Monitoring Unit

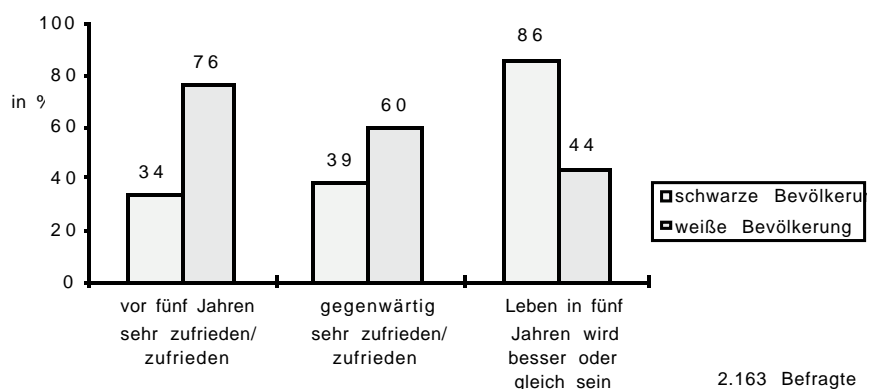
Eine der ersten Amtshandlungen der aus den Parlamentswahlen vom April 1994 hervorgegangenen 'Regierung der Nationalen Einheit' war die Verabschiedung des Reconstruction and Development Programme. In diesem Programm sind die zentralen politischen Ziele festgehalten: Demokratisierung, Absicherung der Grundbedürfnisse der Menschen, Entwicklung der wirtschaftlichen und menschlichen Ressourcen des Landes - Ziele, die durch die im Oktober 1996 beschlossene neue Verfassung mit ihrem breiten Grundrechtskatalog eine weitere Konkretisierung erfahren haben.

Das Indicator Project South Africa gehört zu den Institutionen, die die Umsetzung des Programms und seine Auswirkungen auf die Lebensbedingungen der Menschen beobachten werden. Dazu wurde die Quality of Life and RDP Monitoring Unit gebildet. Anknüpfend an die Forschungsarbeiten aus den achtziger Jahren widmet man sich insbesondere der Frage, wie sich parallel zu den politischen Prozessen die Wahrnehmungen von Lebensqualität und Lebenszufriedenheit bei den einzelnen Bevölkerungsgruppen verändern.

Auffällig war ein sehr steiler Anstieg der Lebenszufriedenheit in der schwarzen Bevölkerung zwischen den Befragungszeitpunkten 1988 und Mai 1994. Unmittelbar nach der Wahl bekundeten 83 Prozent der Befragten (und damit mehr als doppelt so viele wie 1988), sie seien (sehr) zufrieden und glücklich mit ihrem Leben. Zum ersten Mal seit Beginn der Umfragen 1983 liegt damit die Lebenszufriedenheit der verschiedenen Bevölkerungsgruppen auf einem ähnlich hohen Niveau. Diese Euphorie hält jedoch nicht sehr lange an. Im September 1995 äußern sich nur noch 42 Prozent so positiv über ihr Leben. Sorgen um den Arbeitsplatz, das Einkommen und die soziale Absicherung trüben die Begeisterung.

Freilich hat die schwarze Bevölkerung nach wie vor großes Vertrauen in die neuen politischen Verhältnisse. Rückblickend meinen 82 Prozent, daß sich ihr Leben seit den Wahlen verbessert oder zumindest nicht verschlechtert hat. 86 Prozent glauben, daß ihr Leben in den nächsten fünf Jahren stabil bleiben oder sich sogar verbessern wird. Ähnliche Muster ergeben sich bei den farbigen Befragten. Bezogen auf die indische Bevölkerungsgruppe und erst recht im Hinblick auf die Weißen sieht das Bild deutlich anders aus. Bei ihnen ist zwar der Anteil der Zufriedenen im Augenblick noch erheblich höher als bei den Schwarzen, doch wird von ihnen die Zukunft sehr viel pessimistischer beurteilt. 50 Prozent der Weißen sind der Ansicht, daß sich ihr Leben seit den Wahlen verschlechtert hat, 56 Prozent erwarten Verschlechterungen für die Zukunft. Die Herausforderung der nächsten Jahre wird, so Valerie Möller von der Quality of Life and RDP

Graphik 1: Wahrgenommene Lebenszufriedenheit (1995)



Monitoring Unit, für die Politik darin bestehen, die Geduld derjenigen, die noch auf Verbesserungen warten, zu erhalten, und denjenigen, die glauben, daß sie die Verlierer der Entwicklung sein werden, Perspektiven zu vermitteln.

Die Namibian Economic Policy Research Unit

Die Namibian Economic Policy Research Unit (NEPRU) besteht seit 1990. Sie wurde also noch im selben Jahr eingerichtet, in dem Namibia die Unabhängigkeit von Südafrika erlangte. Die Etablierung einer solchen Forschungseinheit schien dringend geboten angesichts der völligen tabula rasa im Bereich planungsrelevanter Daten, die zu diesem Zeitpunkt erkennbar wurde. Wie Dr. Henning Melber, der heutige Leiter der Forschungseinheit, berichtet, waren zunächst noch nicht einmal Bevölkerungszahlen verfügbar.

Mit finanzieller Unterstützung insbesondere der Regierungen Schwedens und Norwegens sowie einer Vielzahl internationaler Organisationen (unter ihnen die Friedrich-Ebert-Stiftung und Dienste in Übersee) wurde eine Forschungseinheit aufgebaut, die, so Melber, mittlerweile auf eine sozio-ökonomische Datenbasis mit rund 13.000 Zeitreihen und einer von der Universität Bremen erstellten Literaturdatenbank mit 25.000 in Namibia erschienenen Titeln zurückgreifen kann. Das Arbeitsspektrum der NEPRU ist breiter als ihr Name vermuten läßt, denn es sollen nicht nur originär wirtschafts-, sondern gleichermaßen auch sozialpolitische Planungsgrundlagen erarbeitet werden. Vor diesem Hintergrund kommt der Sozialberichterstattung ein großes Gewicht zu. So hat die NEPRU an den Länderberichten für den Human Development Report, den Weltfrauengipfel (National report on women) und den Weltsozialgipfel (Country Report on Social Development) mitgearbeitet. Soeben wurde ein Armutsbericht vorgelegt. Denn: die Überwindung der Armut gehört neben der Verringerung der sozialen Ungleichheit, der Schaffung von Arbeitsplätzen und dem Wirtschaftswachstum zu den Zielen, denen sich die Regierung in den nächsten Jahren vorrangig widmen will und an denen sie entsprechend auch gemessen werden wird.

Der Bericht kommt zu dem Ergebnis, daß Einkommen und andere Ressourcen auch sechs Jahre nach der Unabhängigkeit noch extrem ungleich verteilt sind. Die 15 Prozent der Haushalte, die zur europäischen Sprachengruppe gehören (Englisch, Deutsch, Afrikaans), beziehen 52 Prozent des jährlichen Gesamteinkommens. Auf die 4.200 privaten Großfarmen entfällt insgesamt ebensoviel Fläche wie auf das Allmende-Land, von dem 1,2 Millionen Menschen leben. Knapp 40 Prozent der Haushalte fallen unter die Armutsgrenze. Besonders betroffen sind die Bewohner der ländlichen Regionen im Norden des Landes, sind Subsistenzbauern und Frauen.

Der Bericht gesteht der Regierung zu, daß es ihr relativ gut gelungen ist, die schlimmsten Auswirkungen der Armut abzumildern. So haben alte und behinderte Menschen in Namibia im Gegensatz zu den meisten anderen afrikanischen Ländern Anspruch auf eine staatlich finanzierte Rente. In Zukunft müsse es allerdings vor allem auch darum gehen, das Entstehen von Armut zu verhindern. Die Bildung habe in diesem Zusammenhang eine große Bedeutung. Angemahnt werden Umschichtungen der Bildungsausgaben und eine effizientere Verwendung des im internationalen Vergleich sehr hohen Bildungsetats. Die Ressourcen sollten verstärkt den bisher vernachlässigten Regionen zugute kommen, in denen zum Teil 80 Prozent der Kinder im Schulalter keine Schule besuchen, sie sollten eher für die

Grundbildung als für die weiterführende Bildung eingesetzt werden. Gleichzeitig gelte es, die Qualifikation des Lehrpersonals zu erhöhen und den Anteil der Schulabbrecher zu senken.

Diese Strategie - Konzentration der Ressourcen auf die am meisten Benachteiligten einerseits und sorgfältige output-Kontrolle andererseits - sollte, so das Fazit des Berichts, auch in anderen relevanten Politikbereichen verfolgt werden. Ziel muß es sein, so die Autoren, zunächst den ärmsten Haushalten auf die Sprünge zu helfen.

■ Sabine Kleebaur, Weeber + Partner,
Stuttgart
Tel. 0711/6403003

Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt

Eine Buchbesprechung

Neben der etablierten Datengrundlage für die Sozialberichterstattung, der replikativen Querschnittsumfrage, hier sind für die Bundesrepublik Deutschland insbesondere die Wohlfahrtssurveys zu nennen, kommt individuellen Längsschnittdaten eine immer größere Bedeutung zu, wenn es darum geht, die Trendbeobachtung durch die Beobachtung individueller Wohlfahrtsverläufe zu ergänzen. Die in diesem Zusammenhang vielleicht wichtigste Datenquelle ist das Sozio-ökonomische Panel. Es handelt sich dabei um eine repräsentative Panelbefragung, die seit 1984 in den alten und seit 1990 auch in den neuen Bundesländern jährlich durchgeführt wird.

In der Reihe „Sozio-ökonomische Daten und Analysen“ der Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ ist 1996 Band 7 mit dem Titel „Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt“ erschienen. Herausgegeben wird dieser Band von Wolfgang Zapf (WZB), Jürgen Schupp (DIW) und Roland Habich (WZB). Der Band gliedert sich in fünf Teile und umfaßt insgesamt 17 Beiträge die sich mit verschiedenen methodischen und inhaltlichen Aspekten der Analyse „individueller Wohlfahrtskarrieren“ befassen. Zu den übergreifenden Zielen der Veröffentlichung gehört es, die Funktion der Dauerbeobachtung des sozialen Wandels mit theoretischer Analyse zu verbinden.

Im ersten Teil dieses Readers werden konzeptionelle Fragen einer auf Längsschnittdaten basierenden Sozialberichterstattung erörtert; die weiteren Beiträge widmen sich gesellschaftspolitischen Problemfeldern. Der zweite Teil enthält haushaltsbezogene Analysen zu den Themen innerfamiliäre Arbeitsteilung, Bildung, Lebensformen und Wohnen. Der Beitrag von M. Binder und G. Wagner untersucht z.B. die Betreuungssituation von Vorschulkindern. Die Autoren stellen u.a. fest, daß 95 Prozent der Vorschulkinder vor ihrer Einschulung zumindest zeitweise eine Betreuungseinrichtung besucht haben oder anderweitig außerhalb des Elternhauses betreut wurden. Die extrem kleine Minderheit von Kindern, die diese Erfahrung nicht macht, kommt meist aus Familien mit niedrigem Einkommen, vielen Kindern und einer nicht-erwerbstätigen Mutter.

Der dritte Teil dieses Bandes enthält verschiedene Beiträge, die sich mit Fragen der Erwerbsbeteiligung, des Arbeitsmarktes und der Sozialstruktur befassen. Der Beitrag von W. Seifert untersucht z.B. die berufliche, ökonomische und soziale Mobilität von Arbeitsmigranten. Der Autor kommt u.a. zu dem Ergebnis, daß bei Ausländern im Zeitverlauf ein langsames Aufsteigen in höhere Beschäftigungspositionen festzustellen ist, wobei allerdings keine individuellen

Karriereverläufe betrachtet werden. Dennoch unterscheiden sich die Beschäftigungsprofile deutlich von deutschen Erwerbstätigen.

Der vierte Teil des Sammelbandes faßt haushalts- und personenbezogene Analysen zur Einkommenslage zusammen. Der Aufsatz von J. Frick und K. Müller untersucht z.B. Zusammenhänge zwischen Arbeitslosigkeit und Einkommensmobilität in den neuen Bundesländern. Der Beitrag zeigt auf, daß die Bedeutung der Arbeitslosigkeit für die eingenommene Wohlfahrtsposition im Untersuchungsverlauf zugenommen hat. Der abschließende Teil des Readers enthält personenbezogene Mortalitätsanalysen. Der Beitrag von Th. Klein kommt zu dem Ergebnis, daß die Lebenserwartung von Untersuchungspersonen mit dem

Bildungsniveau steigt. Eine Analyse von W. Voges und C. Schmidt zeigt unter anderem, daß Bevölkerungsgruppen aus dem unteren Einkommensbereich ein erhöhtes Mortalitätsrisiko aufweisen.

Insgesamt liefert der vorliegende Band mit seinen an einer Perspektive der Sozialberichterstattung orientierten Längsschnittanalysen eine Fülle von neuen und nicht zuletzt auch für die Gesellschaftspolitik relevanten empirischen Befunden und Einsichten. Sie zu einem geschlosseneren Mosaik zusammenzuführen bleibt eine anspruchsvolle Aufgabe für die weitere Forschung im Bereich der Sozialberichterstattung. Auch wenn - wie es im Vorwort heißt - für eine längsschnittorientierte Sozialberichterstattung noch keine

„standardisierte Darstellungsform gefunden wurde“, erfüllt der Band auf jeden Fall sein Ziel, der traditionellen Sozialberichterstattung Impulse zur Weiterentwicklung zu verleihen.

Wolfgang Zapf, Jürgen Schupp, Roland Habich (Hg.): *Lebenslagen im Wandel: Sozialberichterstattung im Längsschnitt*, Reihe Sozio-ökonomische Daten und Analysen für die Bundesrepublik Deutschland hrsg. v. Projektgruppe „Das Sozio-ökonomische Panel“ im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Campus Verlag Frankfurt/New York, 1996, ISBN 3-593-35429-2, 403 S.

■ **Stefan Weick, ZUMA**
Tel. 0621/1246-245

„World Conference on Quality of Life“

an der „University of Northern British Columbia“ (UNBC)

Vom 22. bis 25. August fand an der „University of British Columbia“ in Prince George die Weltkonferenz der Lebensqualitätsforschung statt. Der Einklang von Konferenzthema („Quality of Life“) und Konferenzregion (Fraser Basin, Canadische Nationalparks) gaben dieser Veranstaltung eine besondere Note. Die UNBC, die wenige Jahre zuvor am Rande der kanadischen Rocky Mountains aus der Retorte geschaffen wurde, bietet normalerweise interessierten Studenten aus dem weiten Nordwesten Canadas Studienmöglichkeiten. Nun bildete sie für einige Tage den stimulierenden Kontext für über 100 Tagungsteilnehmer aus aller Welt. Zum großen Teil stammten sie aus der ISA-Working Group on Social Indicators und der International Society for Quality-of-life Studies. Cheforganisator Alex Michalos und sein Team steuerten die Veranstaltung souverän über 30 Sitzungen und ein mehrfaches an Vorträgen hinweg.

Vor allem in den Eröffnungsveranstaltungen traten bekannte Persönlichkeiten aus der Sozialindikatoren- und Lebensqualitätsforschung auf. Joachim Vogel (Stockholm) zog in seinem Vortrag „the past, present and future of social indicators and social reporting“ eine kritische, in Teilen durchaus optimistische Bilanz. Ruut Veenhoven (Rotterdam) stellte einen Index der Lebensqualität vor, „happy life-expectancy“ genannt. Ed Diener (Illinois)

trug unter dem Titel „national similarities and differences“ Untersuchungsergebnisse zum subjektiven Wohlbefinden im breiten internationalen Vergleich vor. Albert Kozma (St.Johns) befaßte sich mit „top-down and bottom-up-approaches“ bei der Erklärung subjektiven Wohlbefindens. Torbjorn Moum (Oslo) analysierte subjektives Wohlbefinden als einen Indikator für Selbstmord.

Von besonderen Interesse waren die Beiträge, die sich auf Länder mit schnellem sozialem Wandel bezogen und damit verbundene Änderungen der Lebensqualität untersuchten. Es gab zahlreiche empirisch gut fundierte Berichte zu ostzentraleuropäischen Ländern (Peteris Zvidrins/Litauen; Michal Illner/Tschechien; Igor Matuninovic/Kroatien; Catalin Zamfir/Rumänien), zu Südafrika (Valerie Möller) und Südostasien (Kwong Tang) sowie einen Beitrag des Autors zu Ostdeutschland (Quality of life in the process of unification and transformation in Germany). Eine der vorläufigen Schlußfolgerungen scheint zu sein, daß sich die großen historischen Umbrüche erstaunlich wenig in der alltäglichen Lebensqualität widerspiegeln: weder treten Niveausprünge in der Lebensqualität auf noch brechen anomische Verhältnisse aus.

Insgesamt verläßt man diese Konferenz mit dem Eindruck, daß sich die Lebensqualitäts-

forschung im letzten Jahrzehnt fortentwickelt und ausgebreitet hat. Dabei hat sie sich ausdifferenziert und ist unübersichtlich geworden. Einen großen Stellwert hat nach wie vor die Frage nach dem Zusammenhang von Ökonomie und Lebensqualität (z.B. „The effects of material goods on the quality of life“/Joe Sirgy oder „Economic development and well-being“/Peggy Schyns). Regionale und lokale Anwendungen der Lebensqualitätsidee finden neue Resonanz (z.B. der „Lebensqualitätsatlas“ von Dieter Korcak; „Improving the quality of life in greater Soweto“ von Ronald Mears), nicht zuletzt im „Fraser Basin“ um Prince George selbst. Die weltweite Verbreitung der Lebensqualitätsidee führt dazu, daß unterschiedliche wissenskulturelle Traditionen Einfluß nehmen. Zugleich wachsen aber auch die Aktivitäten zur Erhebung übereinstimmender Datensätze. Globalisierung und Regionalisierung finden in der Lebensqualitätsforschung zur gleichen Zeit ihren Ausdruck.

Zweifellos bedarf es zukünftig einer verstärkten Integration und Kumulation der Ergebnisse der Lebensqualitätsforschung. Die Vorträge und Diskussionen auf dieser Konferenz gaben einen Eindruck von der Schwierigkeit dieser Aufgabe und brachte sie zugleich ein gutes Stück voran - auch wenn die Gedanken mancher Teilnehmer zeitweise um die Wurf tafeln vor den wilden Bären in den umliegenden Wäldern kreisten.

■ **Wolfgang Glatzer, J. W. Goethe-Universität Frankfurt**
Tel. 069/7982-3584

Herausgeber

Zentrum für Umfragen, Methoden und
Analysen (ZUMA) e.V.
Abteilung Soziale Indikatoren

Postfach 12 21 55
D-68072 Mannheim
Telefon 06 21/12 46-0
Telefax 06 21/12 46-100

Verantwortlich für den Inhalt

Dr. Heinz-Herbert Noll

Redaktion

Dr. Caroline Kramer

Satz und Druck

Verlag Pfälzische Post GmbH
Winziger Straße 30
67433 Neustadt/Weinstraße

Gestaltung

Kognito, Berlin

Zuma ist Mitglied der Gesellschaft
Sozialwissenschaftlicher Infrastrukturan-
einrichtungen (Gesis) e.V.
Bei Quellenangabe frei zum Nachdruck;
Beleg erbeten
ISSN 0935-218X

Soziale Indikatoren auf dem Kongreß der DGS in Dresden

Die Sektion Sozialindikatoren in der Deutschen Gesellschaft für Soziologie hat auf dem Dresdener Soziologiekongreß, der vom 7.-11. Oktober 1996 stattfand, zwei Veranstaltungen gestaltet: Zusammen mit der Sektion Familien- und Jugendsoziologie die Plenarveranstaltung „Individualisierung und Pluralisierung der privaten Lebensführung“ sowie unter alleiniger Regie die Sektionssitzung „Wohlfahrtsdifferenzen und Migrationsprozesse: Objektive und subjektive Indikatoren“. Beide Veranstaltungen stießen trotz der vielen attraktiven Alternativen die sich den Kongreßteilnehmern boten, auf eine beachtliche Resonanz und waren gut besucht. Beiträge aus der Plenarveranstaltung z.B. wurden auch in der Medienberichterstattung über den Kongreß positiv hervorgehoben.

Die Sektionsveranstaltung umfaßte vier Vor-

träge, die jeweils Anlaß zu regen Diskussionen boten. Georg Vobruba (Leipzig) skizzierte in seinem Einleitungsvortrag „Migration und Wohlstandsgefälle“ von dem Begriff des Wohlstandsgefälles ausgehend einen Bezugsrahmen für das Verständnis, aber auch die empirische Beobachtung und Analyse von Migrationsprozessen. Stefan Weick (Mannheim) berichtete über die Ergebnisse einer Studie zu familialen Lebensformen, den Wohnbedingungen und dem Einstieg in das Erwerbsleben von Migranten in der Bundesrepublik auf der Basis der Zuwanderer Stichprobe des Sozioökonomischen Panels. Auf die gleiche Datenbasis stützte sich auch der Beitrag von Michaela Kreyenfeld (Bochum), die aus einer humankapitaltheoretischen Perspektive untersuchte, wie sich für Übersiedler eine in der früheren DDR erworbene Ausbildung und

Berufserfahrung bei der Integration in den westdeutschen Arbeitsmarkt auszahlen. Schließlich berichteten Uwe Engfer (Darmstadt) und Thomas Seng (Berlin) über die Differenzierung der Lebensverhältnissen in Ostmitteleuropa und die Konsequenzen für die Ost-West-Migration“ und stützten sich dazu unter anderem auf Ergebnisse aus den Surveys des „SOCO-Projects“ (Social Costs of Economic Transformation in Central Europe). Im Anschluß an das inhaltliche Programm fand eine Mitgliederversammlung der Sektion Sozialindikatoren statt, auf der die weitere Arbeit der Sektion diskutiert wurde und vor allem auch die Nachwahl für das von zwei auf drei Mitglieder erweiterte Sprechergremium stattfand. Neben dem amtierenden Sprecher Heinz-Herbert Noll (ZUMA, Mannheim) und stellvertretenden Sprecher Wolfgang Glatzer (Universität Frankfurt) wurde Roland Habich (WZB, Berlin) als zweiter stellvertretender Sprecher in das Vorstandsgremium der Sektion gewählt.

■ **Heinz-Herbert Noll, ZUMA**
Tel. 0621/1246-241

Call for Papers

Institutionen und individuelle Wohlfahrt:
Perspektiven der Sozialberichterstattung und Sozialstaatsbeobachtung

Gemeinsame Tagung der Sektion Sozialindikatoren und des Mannheimer Zentrums für
Europäische Sozialforschung

Mannheim, 23. und 24. Mai 1997

Die Tagung soll einen Beitrag dazu leisten, die vor allem auf die individuelle Wohlfahrt gerichtete Perspektive der Sozialberichterstattung stärker mit der institutionellen Perspektive einer Sozialstaatsbeobachtung zu verbinden. Die Kombination dieser beiden Betrachtungsweisen verspricht Fortschritte sowohl im Hinblick auf die Beurteilung der Effektivität wohlfahrtsstaatlicher Institutionen wie die Erklärung der individuellen Wohlfahrt.

Bitte senden Sie Ihre Vortragswünsche unter Beifügung eines 1-seitigen Abstracts sowie Anmeldungen an:

Prof. Dr. Peter Flora, MZES, D-68131 Mannheim, Postfach (Tel. 0621/292-1895; Fax: 292-1735; e-mail: pflora@mzes.uni-mannheim.de) oder

Dr. Heinz-Herbert Noll, ZUMA, D-68072 Mannheim, Postfach 122155 (Tel. 0621/1246-241; Fax: 1246-100; e-mail: noll@zuma-mannheim.de)